

## **Gesetzentwurf**

### **der Staatsregierung**

#### **zur Änderung melderechtlicher Vorschriften**

##### **A) Problem**

Das Bayer. Meldegesetz ist an mehrere Änderungen des Melderechtsrahmengesetzes anzupassen. Insbesondere müssen die Länder die Melderegisterdaten eines Einwohners in nicht unerheblichem Umfang erweitern. Weiter entfallen bisherige melderechtliche Pflichten, wie die Abmeldepflicht eines umziehenden Einwohners und die Mitwirkungspflicht eines Vermieters, was durch den verbesserten Austausch der Meldedaten zwischen den von einem Umzug betroffenen Meldebehörden ausgeglichen werden soll. Schließlich eröffnen mehrere Änderungen des Melderechtsrahmengesetzes den Ländern Regelungsspielräume, etwa im Zusammenhang mit der Meldepflicht von Hotelgästen und von ausländischen Saisonarbeitnehmern.

##### **B) Lösung**

Die Novellierung des Meldegesetzes setzt die zwingenden bundesrechtlichen Vorgaben um und macht von den bundesrechtlich eröffneten Regelungsspielräumen Gebrauch. Der Umstand, dass der Bund durch Art. 1 Nr. 6 a) aa) des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c) vom 26. August 2006 (BGBl I S. 2034) mit Wirkung zum 1. September 2006 eine ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für das Meldewesen erhalten hat, steht dem nicht entgegen. Denn nach der in diesem Zusammenhang geschaffenen Übergangsregelung des Art. 125b Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes bleiben Verpflichtungen der Länder zur Gesetzgebung im Bereich der vormaligen Rahmengesetzgebungskompetenz nach Art. 75 des Grundgesetzes bestehen. Dies betrifft auch die Verpflichtung der Länder nach § 23 Abs. 1 des Melderechtsrahmengesetzes, ihre Landesmeldegesetze an die Änderungen des Melderechtsrahmengesetzes anzupassen.

##### **C) Alternativen**

Keine.

Die landesrechtlichen Anpassungen an die Änderungen des Melderechtsrahmengesetzes sind zwingend. Zuzuwarten, bis der Bund in Umsetzung der Föderalismusreform ein Bundesmeldegesetz erlässt, ist nicht geboten. Ein entsprechendes Bundesmeldegesetz ist jedenfalls nicht mehr in 2006 zu erwarten. Ab 1. Januar 2007 müssen aber alle Länder in der Lage sein, den Datenaustausch zwischen ihren Meldebehörden in elektronischer Form zu ermöglichen. Dies setzt identische Melderegisterinhalte eines umziehenden Einwohners in allen Ländern voraus. Bis Ende 2006 werden dementsprechend alle Länder die Änderungen des Melderechtsrahmengesetzes in ihr Landesrecht umgesetzt haben.

**D) Kosten**

## 1. Kosten für den Staat

Keine.

Soweit der Staat landesweite Infrastruktureinrichtungen für den elektronischen Kommunikationsverkehr zwischen den Meldebehörden beschafft oder sich an der Entwicklung und Pflege der elektronischen Kommunikationsstandards beteiligt, ist dies bereits erforderlich, um die zwingenden bundesrechtlichen Vorgaben erfüllen zu können. Diese Kosten fallen unabhängig von der Novellierung des Bayer. Meldegesetzes an.

## 2. Kosten für die Kommunen

## a) Landkreise und Bezirke

Keine

## b) Gemeinden

Die Gemeinden haben einen Aufwand insofern, als sie ihre örtlichen Melderegister an die Vorgaben des Melderechtsrahmengesetzes anpassen müssen. Da alle 1 379 bayerischen Meldebehörden ihre Melderegister bereits in elektronischer Form führen, bedeutet dies in erster Linie eine Anpassung der jeweils verwendeten Einwohnermelde-Software. Was an Aufwand auf die Gemeinden zukommt, lässt sich kaum beziffern, da nicht bekannt ist, welche Funktionalitäten die bei ihnen verwendeten elektronischen Einwohnermelde-Verfahren besitzen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich einzelne Gemeinden zunächst ertüchtigen müssen, um die geforderten Funktionen erfüllen zu können.

Dies berührt allerdings nicht das Konnexitätsprinzip nach Art. 83 Abs. 3 der Verfassung, da die landesrechtlichen Änderungen hier nur zwingendes Bundesrecht umsetzen: Die Fähigkeit zur elektronischen Rückmeldung ab 1. Januar 2007 verlangt § 17 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 24 des Melderechtsrahmengesetzes. Die Pflicht, hierzu in der länderübergreifenden elektronischen Kommunikation bestimmte Daten- und Transportformate zu verwenden, folgt aus § 2 der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung. An diese bundesrechtlich erforderlichen Fähigkeiten knüpft das Gesetz für die landesinterne elektronische Kommunikation nur an.

Der Wegfall der Abmeldepflicht entlastet die Gemeinden im Übrigen, da die elektronische Rückmeldung wesentlich unaufwändiger ist.

## 3. Kosten für die Wirtschaft

Keine

## 4. Kosten für die Bürger

Keine

## 5. Nutzen

Die landesrechtlichen Anpassungen an die Änderungen des Melderechtsrahmengesetzes sind zwingend.

## **Gesetzentwurf**

### **Gesetz zur Änderung melderechtlicher Vorschriften**

#### **§ 1**

#### **210-3-I**

### **Gesetz über das Meldewesen (Meldegesetz - MeldeG)**

#### Inhaltsübersicht

#### **Erster Abschnitt Allgemeine Bestimmungen**

- Art. 1 Meldebehörden
- Art. 2 Aufgaben und Befugnisse der Meldebehörden
- Art. 3 Speicherung von Daten
- Art. 4 Ordnungsmerkmale
- Art. 5 Zweckbindung der Daten
- Art. 6 Meldegeheimnis

#### **Zweiter Abschnitt Schutzrechte**

- Art. 7 Schutzwürdige Interessen der Betroffenen
- Art. 8 Rechte der Betroffenen
- Art. 9 Auskunft an den Betroffenen
- Art. 10 Berichtigung und Ergänzung des Melderegisters
- Art. 11 Löschung und Aufbewahrung von Daten und Meldescheinen
- Art. 12 Archive

#### **Dritter Abschnitt Meldepflichten**

- Art. 13 Allgemeine Meldepflicht
- Art. 14 Begriff der Wohnung
- Art. 15 Mehrere Wohnungen
- Art. 16 Erfüllung der allgemeinen Meldepflicht
- Art. 17 Meldeschein

- Art. 18 Auskunftspflicht des Meldepflichtigen
- Art. 19 Auskunftspflicht und Auskunftsrecht des Wohnungsgebers
- Art. 20 Binnenschiffer und Seeleute
- Art. 21 Befreiung von der Meldepflicht
- Art. 22 Ausnahmen von der Meldepflicht
- Art. 23 Beherbergungsstätten
- Art. 24 Besondere Meldescheine für Beherbergungsstätten
- Art. 25 Krankenhäuser und ähnliche Einrichtungen
- Art. 26 Nutzungsbeschränkungen

#### **Vierter Abschnitt Datenübermittlungen**

- Art. 27 Datenübermittlungen zwischen den Meldebehörden
- Art. 28 Datenübermittlungen an andere Behörden oder sonstige öffentliche Stellen
- Art. 29 Datenübermittlungen an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften
- Art. 30 Datenübermittlungen an den Suchdienst
- Art. 31 Melderegisterauskunft
- Art. 32 Melderegisterauskünfte in besonderen Fällen

#### **Fünfter Abschnitt Automatisierte Datenverarbeitung**

- Art. 33 Zulässigkeit der Datenverarbeitung im Auftrag
- Art. 34 Zulässigkeit der Übertragung von Aufgaben der Datenverarbeitung

#### **Sechster Abschnitt Ordnungswidrigkeiten**

- Art. 35 Ordnungswidrigkeiten
- Art. 36 Ordnungswidrigkeiten bei Melderegisterauskünften

#### **Siebter Abschnitt Schlussbestimmungen**

- Art. 37 Elektronische Verfahren
- Art. 38 Form von Verordnungen
- Art. 39 Übergangsbestimmung

## Erster Abschnitt Allgemeine Bestimmungen

### Art. 1 Meldebehörden

<sup>1</sup>Meldebehörden sind die Gemeinden. <sup>2</sup>Sie nehmen die Aufgaben nach diesem Gesetz im übertragenen Wirkungsbereich wahr. <sup>3</sup>In bewohnten gemeindefreien Gebieten werden die Aufgaben der Meldebehörden von einer angrenzenden Gemeinde, die von der Regierung durch Rechtsverordnung bestimmt wird, wahrgenommen.

### Art. 2 Aufgaben und Befugnisse der Meldebehörden

(1) <sup>1</sup>Die Meldebehörden haben die in ihrem Zuständigkeitsbereich wohnhaften Personen (Einwohner) zu registrieren, um deren Identität und Wohnungen feststellen und nachweisen zu können. <sup>2</sup>Sie erteilen Melderegisterauskünfte, wirken bei der Durchführung von Aufgaben anderer Behörden oder sonstiger öffentlicher Stellen mit und übermitteln Daten. <sup>3</sup>Zur Erfüllung ihrer Aufgaben führen die Meldebehörden Melderegister. <sup>4</sup>Diese enthalten Daten, die von den Einwohnern erhoben, von Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen übermittelt oder sonst amtlich bekannt werden.

(2) <sup>1</sup>Die Meldebehörden dürfen personenbezogene Daten, die im Melderegister gespeichert werden, nur nach Maßgabe dieses Gesetzes oder sonstiger Rechtsvorschriften erheben, verarbeiten oder nutzen. <sup>2</sup>Daten nicht meldepflichtiger Einwohner dürfen auf Grund einer Art. 15 Abs. 2 bis 4 des Bayerischen Datenschutzgesetzes entsprechenden Einwilligung erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

### Art. 3 Speicherung von Daten

(1) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Art. 2 Abs. 1 Sätze 1 und 2 speichern die Meldebehörden folgende Daten einschließlich der zum Nachweis ihrer Richtigkeit erforderlichen Hinweise im Melderegister:

1. Familiennamen,
2. Vornamen,
3. frühere Namen,
4. Doktorgrad,
5. Ordensnamen/Künstlernamen,
6. Tag und Ort der Geburt,
7. Geschlecht,
8. gesetzliche Vertreter (Vor- und Familiennamen, Doktorgrad, Tag der Geburt, Anschrift, Sterbetag),
9. Staatsangehörigkeiten,
10. rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft,

11. gegenwärtige und frühere Anschriften, Haupt- und Nebenwohnung, bei Zuzug aus dem Ausland auch die letzte frühere Anschrift im Inland,
12. Tag des Ein- und Auszugs,
13. Familienstand, bei Verheirateten oder Lebenspartnern zusätzlich Tag und Ort der Eheschließung oder der Begründung der Lebenspartnerschaft,
14. Ehegatte oder Lebenspartner (Vor- und Familiennamen, Doktorgrad, Tag der Geburt, Anschrift, Sterbetag),
15. minderjährige Kinder (Vor- und Familiennamen, Tag der Geburt, Sterbetag),
16. Ausstellungsbehörde, -datum, Gültigkeitsdauer und Seriennummer des Personalausweises/Passes,
17. Übermittlungssperren,
18. Sterbetag und -ort.

(2) Über die in Abs. 1 genannten Daten hinaus speichern die Meldebehörden im Melderegister folgende Daten einschließlich der zum Nachweis ihrer Richtigkeit erforderlichen Hinweise:

1. für die Vorbereitung von Wahlen und Abstimmungen die Tatsache, dass der Betroffene
  - a) von der Wahlberechtigung oder der Wählbarkeit ausgeschlossen ist,
  - b) als Unionsbürger (§ 6 Abs. 3 Satz 1 des Europawahlgesetzes) bei der Wahl des Europäischen Parlaments von Amts wegen in ein Wählerverzeichnis im Inland einzutragen ist; ebenfalls zu speichern ist die Gebietskörperschaft oder der Wahlkreis im Herkunftsmitgliedstaat, wo der Unionsbürger zuletzt in ein Wählerverzeichnis eingetragen war,
2. für die Ausstellung von Lohnsteuerkarten steuerrechtliche Daten (Steuerklasse, Freibeträge, rechtliche Zugehörigkeit des Ehegatten zu einer Religionsgesellschaft, Rechtsstellung und Zuordnung der Kinder, Vor- und Familiennamen sowie Anschrift der Stiefeltern),
3. für die Ausstellung von Personalausweisen und Pässen die Tatsache, dass Passversagungsgründe vorliegen, ein Pass versagt oder entzogen oder eine Anordnung nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über Personalausweise getroffen worden ist,
4. für staatsangehörigkeitsrechtliche Verfahren die Tatsache, dass nach § 29 des Staatsangehörigkeitsgesetzes ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit eintreten kann,
5. für die Erfüllung ihrer Aufgaben auf Grund des Personenstandsgesetzes und für die Erteilung von Auskünften nach Art. 32 Abs. 2 den Tag und den Ort der Eheschließung sowie die Tatsache, dass ein Familienbuch auf Antrag angelegt worden ist,

6. zur Beantwortung von Aufenthaltsanfragen anderer Behörden und sonstiger öffentlicher Stellen für die Dauer von zwei Jahren die Tatsache der Aufenthaltsanfrage (Datum der Anfrage, anfragende Stelle, Aktenzeichen),
7. für waffenrechtliche Verfahren die Tatsache, dass eine waffenrechtliche Erlaubnis erteilt worden ist sowie die diese Tatsache mitteilende Behörde mit Angabe des Tags der erstmaligen Erteilung,
8. für Zwecke des Suchdienstes die Anschrift vom 1. September 1939 derjenigen Einwohner, die aus den in § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes bezeichneten Gebieten stammen,
9. für die Erfüllung von Aufgaben nach dem Wohnungsbindungsrecht, dem Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen und dem Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen in Bayern die Tatsache, dass der Einwohner in einer nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz öffentlich oder vereinbart oder einer nach dem Wohnraumförderungsgesetz geförderten und noch gebundenen Wohnung wohnt,
10. für Zwecke der eindeutigen Identifizierung in Besteuerungsverfahren die Identifikationsnummer nach § 139b der Abgabenordnung, bis der Meldebehörde diese mitgeteilt wird, ein vorläufiges Bearbeitungsmerkmal,
11. für sprengstoffrechtliche Verfahren die Tatsache, dass eine sprengstoffrechtliche Erlaubnis oder ein Befähigungsschein nach § 20 des Sprengstoffgesetzes erteilt worden ist sowie die diese Tatsache mitteilende Behörde mit Angabe des Tags der erstmaligen Erteilung.

#### **Art. 4 Ordnungsmerkmale**

- (1) <sup>1</sup>Die Meldebehörden dürfen die Melderegister mit Hilfe von Ordnungsmerkmalen führen. <sup>2</sup>Diese dürfen die in Art. 3 Abs. 1 genannten Daten enthalten.
- (2) <sup>1</sup>Ordnungsmerkmale dürfen im Rahmen von Datenübermittlungen an Behörden, sonstige öffentliche Stellen und öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften übermittelt werden. <sup>2</sup>Soweit Ordnungsmerkmale gemäß Abs. 1 Satz 2 personenbezogene Daten enthalten, dürfen sie nur übermittelt werden, wenn dem Empfänger auch die im Ordnungsmerkmal enthaltenen personenbezogenen Daten übermittelt werden dürfen. <sup>3</sup>Ordnungsmerkmale dürfen vom Empfänger der Daten nur an die jeweilige Meldebehörde übermittelt werden. <sup>4</sup>Art. 28 Abs. 7 Sätze 1 und 2 gelten entsprechend.
- (3) <sup>1</sup>Die Übermittlung von Ordnungsmerkmalen nach Abs. 1 an nicht-öffentliche Stellen ist unzulässig. <sup>2</sup>Nicht-öffentliche Stellen dürfen diese Ordnungsmerkmale nicht erheben, verarbeiten oder nutzen.
- (4) Behörden und sonstige öffentliche Stellen dürfen Ordnungsmerkmale nach Abs. 1 nicht erheben.

#### **Art. 5 Zweckbindung der Daten**

<sup>1</sup>Die Meldebehörden dürfen die in Art. 3 Abs. 2 bezeichneten Daten nur im Rahmen der dort genannten Zwecke verarbeiten oder nutzen. <sup>2</sup>Sie haben diese Daten nach der jeweiligen Zweckbestimmung gesondert zu speichern oder auf andere Weise sicherzustellen, dass sie nur nach Maßgabe des Satzes 1 verarbeitet oder genutzt werden. <sup>3</sup>Diese Daten dürfen nur insoweit zusammen mit den in Art. 3 Abs. 1 bezeichneten Daten verarbeitet oder genutzt werden, als dies zur Erfüllung der jeweiligen Aufgabe erforderlich ist. <sup>4</sup>Die Regelungen über Datenübermittlungen nach Art. 28 Abs. 3 und 4 bleiben unberührt mit der Maßgabe, dass

1. die in Art. 3 Abs. 2 Nr. 1 genannten Daten nur an die mit der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen zuständigen Stellen und
2. die in Art. 3 Abs. 2 Nr. 10 genannte Angabe nur an das Bundeszentralamt für Steuern übermittelt werden dürfen.

<sup>5</sup>Die nach Satz 4 Nrn. 1 und 2 genannten Daten dürfen auch nach Art. 27 Abs. 1 übermittelt werden.

#### **Art. 6 Meldegeheimnis**

(1) Den bei Meldebehörden oder anderen Stellen, die im Auftrag der Meldebehörden handeln, beschäftigten Personen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu erheben, zu verarbeiten oder zu nutzen.

(2) <sup>1</sup>Bei Personen, die bei Stellen beschäftigt sind, die im Auftrag der Meldebehörden handeln, ist sicherzustellen, dass sie nach Maßgabe von Abs. 1 verpflichtet werden. <sup>2</sup>Ihre Pflichten bestehen auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort.

(3) Die in Abs. 2 genannten Personen sind vor Aufnahme ihrer Tätigkeit über ihre Pflichten zu belehren und schriftlich auf die Einhaltung des Meldegeheimnisses zu verpflichten.

#### **Zweiter Abschnitt Schutzrechte**

#### **Art. 7 Schutzwürdige Interessen der Betroffenen**

<sup>1</sup>Schutzwürdige Interessen der Betroffenen dürfen durch die Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten nicht beeinträchtigt werden. <sup>2</sup>Schutzwürdige Interessen werden insbesondere beeinträchtigt, wenn die Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung, gemessen an ihrer Eignung und ihrer Erforderlichkeit zu dem vorgesehenen Zweck, die Betroffenen unverhältnismäßig belastet. <sup>3</sup>Die Prüfung, ob schutzwürdige Interessen der Betroffenen beeinträchtigt werden, entfällt, wenn die Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben ist.

### Art. 8 Rechte der Betroffenen

Der Betroffene hat gegenüber der Meldebehörde nach Maßgabe dieses Gesetzes ein Recht auf kostenfreie

1. Auskunft nach Art. 9,
2. Berichtigung und Ergänzung nach Art. 10,
3. Löschung nach Art. 11 Abs. 1 und 2,
4. Unterrichtung nach Art. 31 Abs. 4 Satz 2,
5. Speicherung von Übermittlungs- und Auskunftssperren nach Art. 29 Abs. 2 Satz 3, Art. 31 Abs. 3 Satz 3, Abs. 7 und 8, Art. 32 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 2.

### Art. 9 Auskunft an den Betroffenen

(1) Die Meldebehörde hat dem Betroffenen auf Antrag Auskunft zu erteilen über

1. die zu seiner Person gespeicherten Daten und Hinweise, auch soweit sie sich auf deren Herkunft beziehen,
2. die Empfänger oder Kategorien von Empfängern von regelmäßigen Datenübermittlungen sowie die Arten der zu übermittelnden Daten,
3. die Zwecke und die Rechtsgrundlagen der Speicherung und von regelmäßigen Datenübermittlungen.

(2) <sup>1</sup>Die Auskunft kann auch im Weg des automatisierten Abrufs über das Internet erteilt werden. <sup>2</sup>Dabei ist zu gewährleisten, dass dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Maßnahmen zur Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit getroffen werden, die insbesondere die Vertraulichkeit und die Unversehrtheit der im Melderegister gespeicherten und an den Betroffenen übermittelten Daten gewährleisten. <sup>3</sup>Der Nachweis der Urheberschaft des Antrags ist durch eine qualifizierte elektronische Signatur nach dem Signaturgesetz zu führen. <sup>4</sup>Art. 31 Abs. 2 und Abs. 3 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(3) Die Auskunft unterbleibt, soweit

1. sie die ordnungsgemäße Erfüllung der in der Zuständigkeit der Meldebehörde liegenden Aufgaben oder die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden oder sonst dem Wohle des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde, oder
2. die Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheim gehalten werden müssen

und deswegen das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung zurücktreten muss.

(4) Die Auskunft unterbleibt ferner,

1. soweit dem Betroffenen die Einsicht in einen Eintrag im Geburten- oder Familienbuch nach § 61 Abs. 2 des Personenstandsgesetzes nicht gestattet werden darf,

2. in den Fällen des § 1758 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

(5) Bezieht sich die Auskunftserteilung auf Daten, die der Meldebehörde von Verfassungsschutzbehörden, dem Bundesnachrichtendienst oder dem Militärischen Abschirmdienst übermittelt worden sind, ist sie nur mit Zustimmung dieser Stellen zulässig.

(6) <sup>1</sup>Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit durch die Mitteilung der tatsächlichen und rechtlichen Gründe, auf die die Entscheidung gestützt wird, der mit der Auskunftsverweigerung verfolgte Zweck gefährdet würde. <sup>2</sup>In diesem Fall ist der Betroffene darauf hinzuweisen, dass er sich an die für die Kontrolle der Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der Meldebehörde zuständige Stelle wenden kann.

(7) <sup>1</sup>Wird dem Betroffenen keine Auskunft erteilt, so ist sie auf sein Verlangen der in Abs. 6 Satz 2 bezeichneten Stelle zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, dass dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. <sup>2</sup>Die Mitteilung der für die Kontrolle der Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der Meldebehörde zuständigen Stelle an den Betroffenen darf keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der verantwortlichen Stelle zulassen, sofern diese nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

### Art. 10 Berichtigung und Ergänzung des Melderegisters

(1) <sup>1</sup>Ist das Melderegister unrichtig oder unvollständig, hat es die Meldebehörde von Amts wegen oder auf Antrag des Betroffenen zu berichtigen oder zu ergänzen (Fortschreibung). <sup>2</sup>Dies gilt insbesondere, wenn ein Einwohner seine Verpflichtungen nach Art. 13 Abs. 1 und 2 oder Art. 15 Abs. 4 nicht erfüllt hat. <sup>3</sup>Von der Fortschreibung sind unverzüglich diejenigen Behörden oder sonstigen öffentlichen Stellen zu unterrichten, denen im Rahmen regelmäßiger Datenübermittlungen unrichtige oder unvollständige Daten übermittelt worden sind.

(2) <sup>1</sup>Die in Abs. 1 Satz 3 genannten Stellen haben, soweit sie nicht Aufgaben der amtlichen Statistik wahrnehmen oder öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften sind, die Meldebehörden unverzüglich zu unterrichten, wenn ihnen konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit übermittelter Daten vorliegen. <sup>2</sup>Sonstige öffentliche Stellen, denen auf ihr Ersuchen hin Meldedaten übermittelt worden sind, dürfen die Meldebehörden bei Vorliegen solcher Anhaltspunkte unterrichten. <sup>3</sup>Gesetzliche Geheimhaltungspflichten, insbesondere das Steuergeheimnis nach § 30 der Abgabenordnung, und Berufs- oder besondere Amtsgeheimnisse stehen der Unterrichtung nach Sätze 1 und 2 nicht entgegen, soweit sie sich auf die Angabe beschränkt, dass konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit übermittelter Daten vorliegen.

(3) Abs. 1 Satz 3 sowie Abs. 2 sind bei der Weitergabe von Daten und Hinweisen nach Art. 28 Abs. 7 entsprechend anzuwenden.

**Art. 11**  
**Löschung und**  
**Aufbewahrung von Daten und Meldescheinen**

(1) Die Meldebehörde hat gespeicherte Daten zu löschen, wenn sie zur Erfüllung der Aufgaben der Meldebehörden nicht mehr erforderlich sind oder ihre Speicherung unzulässig war.

(2) <sup>1</sup>Daten eines weggezogenen oder verstorbenen Einwohners sind unverzüglich zu löschen, die Daten nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 2 Nr. 2 jedoch erst nach Ablauf des auf den Tod oder den Wegzug folgenden Kalenderjahres. <sup>2</sup>Daten nach Art. 3 Abs. 2 Nr. 8 sind unverzüglich nach der Übermittlung an die Suchdienste zu löschen.

(3) <sup>1</sup>Abweichend von Abs. 2 Satz 1 hat die Meldebehörde nach dem Wegzug oder dem Tod eines Einwohners die Daten nach Art. 3 Abs. 1, Abs. 2 Nrn. 1 und 4 weiterhin zu speichern. <sup>2</sup>Nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Wegzug oder dem Tod eines Einwohners sind sie für die Dauer von fünfzig Jahren gesondert aufzubewahren und durch technische und organisatorische Maßnahmen zu sichern. <sup>3</sup>Während dieser Zeit dürfen sie mit Ausnahme der Vor- und Familiennamen sowie etwaiger früherer Namen, des Tags und des Orts der Geburt, der gegenwärtigen und früheren Anschriften, des Auszugstags und des Sterbetags und -orts nicht mehr verarbeitet oder genutzt werden, es sei denn, dass dies zu wissenschaftlichen Zwecken, zur Behebung einer bestehenden Beweisnot, zur Aufgabenerfüllung der in Art. 28 Abs. 4 genannten Behörden, für Wahlzwecke oder zur Feststellung der Tatsache nach Art. 3 Abs. 2 Nr. 4 unerlässlich ist oder die Person, deren Daten gespeichert sind, schriftlich eingewilligt hat. <sup>4</sup>Nach Ablauf dieser Frist sind die Daten zu löschen.

(4) Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Verordnung das Nähere über das Verfahren der Löschung, der gesonderten Aufbewahrung und die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 3 sowie die Dauer der Aufbewahrung von Meldescheinen zu bestimmen.

(5) Ist eine Löschung im Fall des Abs. 1 wegen der besonderen Art der Speicherung im Melderegister nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich, ist durch technische oder organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass die Daten nicht mehr verarbeitet oder genutzt werden.

**Art. 12**  
**Archive**

(1) In den Fällen des Art. 11 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 4 kann die Meldebehörde die Daten und die zum Nachweis ihrer Richtigkeit gespeicherten Hinweise vor der Löschung dem zuständigen Archiv zur Übernahme anbieten, soweit dort ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen sind.

(2) An Stelle der gesonderten Aufbewahrung gemäß Art. 11 Abs. 3 Satz 2 kann die Meldebehörde die Daten dem zuständigen Archiv zur Verwahrung anbieten, soweit dort ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen sind und die Erfüllung der Aufgaben der Meldebehörden im Rahmen des Art. 11 Abs. 3 Satz 3 gewährleistet bleibt.

**Dritter Abschnitt**  
**Meldepflichten**

**Art. 13**  
**Allgemeine Meldepflicht**

(1) Wer eine Wohnung bezieht, hat sich innerhalb einer Woche bei der Meldebehörde anzumelden.

(2) Wer aus einer Wohnung auszieht und keine neue Wohnung im Inland bezieht, hat sich innerhalb einer Woche bei der Meldebehörde abzumelden.

(3) <sup>1</sup>Die Pflicht zur An- oder Abmeldung obliegt demjenigen, der eine Wohnung bezieht oder aus einer Wohnung auszieht. <sup>2</sup>Für Personen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr obliegt die Pflicht den gesetzlichen Vertretern; bei Beziehen der Wohnung eines Personensorgeberechtigten genügt es, wenn dieser die An- oder Abmeldung vornimmt. <sup>3</sup>Für Personen, für die ein Betreuer bestellt ist, der den Aufenthalt bestimmen kann, obliegt die Meldepflicht dem Betreuer. <sup>4</sup>Eine Person kann sich bei der An- oder Abmeldung durch eine hierzu bevollmächtigte Person vertreten lassen; in diesem Fall muss die Vollmacht öffentlich oder nach § 6 Abs. 2 des Betreuungsbehördengesetzes durch die Urkundsperson bei der Betreuungsbehörde beglaubigt sein.

(4) Neugeborene, die in der Bundesrepublik Deutschland geboren werden, sind nur anzumelden, wenn sie in eine andere als in die Wohnung der Eltern oder der Mutter aufgenommen werden.

**Art. 14**  
**Begriff der Wohnung**

<sup>1</sup>Wohnung im Sinn dieses Gesetzes ist jeder umschlossene Raum, der zum Wohnen oder Schlafen benutzt wird. <sup>2</sup>Als Wohnung gilt auch die Unterkunft an Bord eines Schiffs der Bundeswehr. <sup>3</sup>Wohnwagen und Wohnschiffe sind nur dann als Wohnungen anzusehen, wenn sie nicht oder nur gelegentlich fortbewegt werden. <sup>4</sup>Art. 20 bleibt unberührt.

**Art. 15**  
**Mehrere Wohnungen**

(1) Hat ein Einwohner mehrere Wohnungen im Inland, so ist eine dieser Wohnungen seine Hauptwohnung.

(2) <sup>1</sup>Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. <sup>2</sup>Hauptwohnung eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie oder seinem Lebenspartner lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie oder der Lebenspartner. <sup>3</sup>Hauptwohnung eines minderjährigen Einwohners ist die Wohnung der Personensorgeberechtigten; leben diese getrennt, ist Hauptwohnung die Wohnung des Personensorgeberechtigten, die von dem Minderjährigen vorwiegend benutzt wird. <sup>4</sup>Auf Antrag eines Einwohners, der in einer Einrichtung für behinderte Menschen untergebracht ist, bleibt die Wohnung nach Satz 3 bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres seine Hauptwohnung. <sup>5</sup>In Zweifelsfällen ist die vorwiegend be-

nutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt. <sup>6</sup>Kann der Wohnungsstatus eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners nach den Sätzen 2 und 5 nicht zweifelsfrei bestimmt werden, ist die Hauptwohnung die Wohnung nach Satz 1.

(3) Nebenwohnung ist jede weitere Wohnung des Einwohners.

(4) <sup>1</sup>Der Einwohner hat bei jeder An- oder Abmeldung mitzuteilen, welche weiteren Wohnungen er hat und welche Wohnung seine Hauptwohnung ist. <sup>2</sup>Er hat der Meldebehörde der neuen Hauptwohnung jede Änderung der Hauptwohnung mitzuteilen.

### Art. 16

#### Erfüllung der allgemeinen Meldepflicht

(1) <sup>1</sup>Soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist, hat der Meldepflichtige einen Meldeschein (Art. 17) auszufüllen, zu unterschreiben und der Meldebehörde zuzuleiten. <sup>2</sup>Hat die Meldebehörde für die Anmeldung einen Internet-Zugang eröffnet, kann sich der Meldepflichtige unter den Voraussetzungen des Art. 9 Abs. 2 Sätze 2 und 3 über diesen Zugang anmelden.

(2) <sup>1</sup>Der Meldepflichtige kann die Meldebehörde des neuen Wohnorts (Zuzugsmeldebehörde) bei einer Anmeldung ermächtigen, die über ihn bei der Meldebehörde des bisherigen Wohnorts (Wegzugsmeldebehörde) gespeicherten Daten des Art. 3 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 10 elektronisch anzufragen (vorausgefüllter Meldeschein), sofern Zuzugs- und Wegzugsmeldebehörde eine Anmeldung durch vorausgefüllten Meldeschein zugelassen haben. <sup>2</sup>Dazu gibt der Meldepflichtige Namen, Vornamen, Geburtsdatum und -ort sowie die letzte Wohnanschrift an, die die Zuzugsmeldebehörde der Wegzugsmeldebehörde übermittelt. <sup>3</sup>Die Wegzugsmeldebehörde stellt die Daten des Meldepflichtigen der Zuzugsmeldebehörde elektronisch unverzüglich zur Verfügung, wenn sie dazu technisch in der Lage und daran nicht aus rechtlichen Gründen gehindert ist. <sup>4</sup>Art. 9 Abs. 2 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. <sup>5</sup>Der Meldepflichtige hat die übermittelten Angaben auf ihre Richtigkeit zu prüfen, zu korrigieren oder zu ergänzen und den so berichtigten vorausgefüllten Meldeschein unterschrieben oder mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen der Zuzugsmeldebehörde zu übermitteln. <sup>6</sup>Zieht der Meldepflichtige aus Bayern weg, gelten Sätze 1 und 3 entsprechend, wenn das Landesrecht der Zuzugsmeldebehörde die Anmeldung durch vorausgefüllten Meldeschein zulässt und die Zuzugsmeldebehörde die Daten nach § 2 Abs. 1 des Melderechtsrahmengesetzes anfordert. <sup>7</sup>Zieht der Meldepflichtige nach Bayern, gelten Sätze 1, 2 und 5 mit der Maßgabe entsprechend, dass die Zuzugsmeldebehörde die Daten nach § 2 Abs. 1 des Melderechtsrahmengesetzes bei der außerbayerischen Wegzugsmeldebehörde anfordert, falls das Landesrecht der Wegzugsmeldebehörde dieses Anmeldeverfahren zulässt und die Wegzugsmeldebehörde es anbietet.

(3) Wird das Melderegister automatisch geführt, kann von dem Ausfüllen des Meldescheins abgesehen werden, wenn der Meldepflichtige persönlich bei der Meldebehörde erscheint und einen Ausdruck der Daten erhält, die von ihm erhoben werden.

(4) <sup>1</sup>Ehegatten, Eltern, Kinder und Lebenspartner mit denselben bisherigen und künftigen Wohnungen sollen gemeinsam einen Meldeschein verwenden; es genügt, wenn einer der Meldepflichtigen den Meldeschein unterschreibt oder die Angaben mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versieht. <sup>2</sup>Abs. 2 findet entsprechende Anwendung, wenn der Meldepflichtige versichert, zum Empfang der Daten der übrigen Meldepflichtigen berechtigt zu sein. <sup>3</sup>Er ist darüber zu belehren, dass der unberechtigte Empfang unter Vorspiegelung einer Berechtigung nach § 202a des Strafgesetzbuchs strafbewehrt ist.

(5) Der Meldepflichtige erhält eine kostenfreie schriftliche oder elektronische Anmeldebestätigung.

### Art. 17

#### Meldeschein

(1) Bei der An- oder Abmeldung oder der Änderung des Wohnungsstatus dürfen vom Meldepflichtigen die Daten des Art. 3 Abs. 1 Nrn. 1 bis 17, Abs. 2 Nrn. 2, 4, 5 und 8 erhoben werden.

(2) Die amtliche Meldebestätigung (Art. 16 Abs. 5) darf folgende Daten enthalten:

1. Familiennamen
2. Vornamen,
3. Doktorgrad,
4. Anschrift,
5. Tag des Ein- und Auszugs.

(3) Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Verordnung die Muster der Meldescheine für die Meldungen nach Art. 13 Abs. 1 und 2, die Anzahl der Ausfertigungen sowie die Muster der Meldebestätigungen zu bestimmen.

### Art. 18

#### Auskunftspflicht des Meldepflichtigen

Der Meldepflichtige hat der Meldebehörde auf Verlangen die zur ordnungsgemäßen Führung des Melderegisters (Art. 3) erforderlichen Auskünfte zu erteilen, die zum Nachweis der Angaben erforderlichen Unterlagen vorzulegen und persönlich zu erscheinen; im Fall des Art. 13 Abs. 3 Satz 4 trifft die Pflicht den Bevollmächtigten, soweit die Vollmacht reicht.

### Art. 19

#### Auskunftspflicht und Auskunftsrecht des Wohnungsgebers

(1) <sup>1</sup>Die Meldebehörde kann vom Wohnungsgeber oder seinem Beauftragten Auskunft darüber verlangen, welche Personen bei ihm wohnen oder gewohnt haben. <sup>2</sup>Der Woh-

nungsgeber ist nicht verpflichtet, besondere Aufzeichnungen zu führen oder Nachforschungen anzustellen.<sup>3</sup>Für die in Art. 20 genannten Personen kann die Meldebehörde die Auskunft vom Schiffseigner oder Reeder verlangen.

(2) Die Meldebehörde hat dem Eigentümer der Wohnung und, wenn dieser nicht Wohnungsgeber ist, auch dem Wohnungsgeber Auskunft über Vor- und Familiennamen sowie Doktorgrade der in seiner Wohnung gemeldeten Personen zu erteilen, wenn Eigentümer und Wohnungsgeber hierfür ein rechtliches Interesse glaubhaft machen.

#### **Art. 20 Binnenschiffer und Seeleute**

(1)<sup>1</sup>Wer auf ein Binnenschiff zieht, das in einem Schiffsregister in der Bundesrepublik Deutschland eingetragen ist, hat sich bei der Meldebehörde des Heimatorts des Schiffs anzumelden.<sup>2</sup>Die Vorschriften zur allgemeinen Meldepflicht sowie zur Auskunftspflicht des Meldepflichtigen gelten entsprechend.<sup>3</sup>Die Meldepflicht besteht nicht, solange die Person im Inland für eine Wohnung nach Art. 13 Abs. 1 gemeldet ist.

(2)<sup>1</sup>Der Reeder eines Seeschiffs, das berechtigt ist, die Bundesflagge zu führen, hat den Kapitän und die Besatzungsmitglieder des Schiffs bei Beginn des Anstellungs-, Heuer- oder Ausbildungsverhältnisses anzumelden.<sup>2</sup>Er hat diese Personen bei Beendigung des Anstellungs-, Heuer- oder Ausbildungsverhältnisses abzumelden.<sup>3</sup>Zuständig ist die Meldebehörde am Sitz des Reeders.<sup>4</sup>Die Meldepflicht besteht nicht für Personen, die im Inland für eine Wohnung nach Art. 13 Abs. 1 gemeldet sind.<sup>5</sup>Die zu meldenden Personen haben dem Reeder die erforderlichen Auskünfte zu geben.

#### **Art. 21 Befreiung von der Meldepflicht**

<sup>1</sup>Von der Meldepflicht nach Art. 13 Abs. 1 und 2 sind befreit

1. Mitglieder einer ausländischen diplomatischen Mission oder einer ausländischen konsularischen Vertretung und die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder, falls die genannten Personen weder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen noch im Inland ständig ansässig sind noch dort eine private Erwerbstätigkeit ausüben,
2. Personen, für die diese Befreiung in völkerrechtlichen Übereinkünften festgelegt ist.

<sup>2</sup>Die Befreiung von der Meldepflicht nach Satz 1 Nr. 1 tritt nur ein, wenn die Gegenseitigkeit besteht.

#### **Art. 22 Ausnahmen von der Meldepflicht**

(1) Eine Meldepflicht nach Art. 13 Abs. 1 und 2 wird nicht begründet für

1. Einwohner, die für eine Wohnung im Inland gemeldet sind, wenn sie eine Gemeinschaftsunterkunft oder eine andere dienstlich bereitgestellte Unterkunft beziehen, um Wehrdienst nach dem Wehrpflichtgesetz oder Zivildienst nach dem Zivildienstgesetz zu leisten oder um eine Dienstleistung nach dem Soldatengesetz zu erbringen,
2. Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit und Beamte der Bundespolizei, die aus dienstlichen Gründen für eine Dauer von bis zu sechs Monaten eine Gemeinschaftsunterkunft oder eine andere dienstlich bereitgestellte Unterkunft beziehen und für eine andere Wohnung im Inland gemeldet sind,
3. Angehörige der Polizei, die, ohne aus der bisherigen Wohnung auszuziehen, eine Gemeinschaftsunterkunft beziehen,
4. Angehörige des öffentlichen Dienstes, die zum Zweck der Aus- und Fortbildung an Lehrgängen oder Fachstudien teilnehmen und, ohne aus der bisherigen Wohnung auszuziehen, eine vom Dienstherrn oder von der Aus- oder Fortbildungsstelle bereitgestellte Unterkunft beziehen.

(2)<sup>1</sup>Einer Meldepflicht nach Art. 13 Abs. 1 und 2 unterliegt nicht, wer

1. in der Bundesrepublik Deutschland nach Art. 13 oder nach Art. 20 gemeldet ist und zum Zweck eines nicht länger als zwei Monate dauernden Aufenthalts eine weitere Wohnung bezieht, oder
2. sonst im Ausland wohnt und sich als ausländischer Saisonarbeiter nicht länger als zwei Monate in Deutschland aufhält.

<sup>2</sup>Nach Ablauf der in Satz 1 bestimmten Fristen, hat sich der Betroffene innerhalb einer Woche bei der Meldebehörde anzumelden (Art. 13 Abs. 1).<sup>3</sup>Satz 1 gilt nicht für Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen, soweit sie nach § 8 des Bundesvertriebenengesetzes mitverteilt werden, und Ausländer, soweit sie in einer Aufnahmeeinrichtung oder einer sonstigen Durchgangsunterkunft wohnen.

(3)<sup>1</sup>Meldepflichten nach Art. 13 Abs. 1 und 2 werden ferner nicht begründet durch den Vollzug einer richterlichen Entscheidung über die Freiheitsentziehung, solange der Meldepflichtige für eine andere Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland gemeldet oder der Aufenthalt nur von kurzer Dauer ist.<sup>2</sup>Für Personen, die nicht für eine solche Wohnung gemeldet sind, hat der Leiter der Anstalt der für den Sitz der Anstalt zuständigen Meldebehörde die Aufnahme und die Entlassung mitzuteilen.<sup>3</sup>Die Mitteilung enthält die in den Meldescheinen (Art. 17 Abs. 3) vorgesehenen Daten, soweit sie der Anstalt bekannt sind.<sup>4</sup>Sätze 1 bis 3 gelten nicht, wenn die Voraussetzungen des Art. 25 vorliegen.<sup>5</sup>Die Meldebehörde darf Daten nach den Sätzen 2 und 3 nur übermitteln, wenn sie durch Prüfung im Einzelfall festgestellt hat, dass durch die Übermittlung keine schutzwürdigen Interessen des Betroffenen beeinträchtigt werden; Art. 27 Abs. 1 Satz 3 bleibt unberührt.<sup>6</sup>Vor Melde- registerauskünften ist der Betroffene zu hören.

### Art. 23 Beherbergungsstätten

(1) <sup>1</sup>Wer in Einrichtungen, die der gewerbs- oder geschäftsmäßigen Beherbergung von fremden Personen dienen (Beherbergungsstätten), für nicht länger als zwei Monate aufgenommen wird, unterliegt nicht den Meldepflichten nach Art. 13 Abs. 1 und 2. <sup>2</sup>Sobald der Aufenthalt die Dauer von zwei Monaten überschreitet, hat der Betreffende sich innerhalb einer Woche bei der Meldebehörde anzumelden.

(2) <sup>1</sup>Die nach Abs. 1 Satz 1 beherbergten Personen haben am Tag der Ankunft einen besonderen Meldeschein (Art. 24) handschriftlich auszufüllen und zu unterschreiben. <sup>2</sup>Mitreisende Ehegatten oder Lebenspartner können auf dem Meldeschein gemeinsam aufgeführt werden, der von einem von ihnen auszufüllen und zu unterschreiben ist. <sup>3</sup>Minderjährige Kinder in Begleitung eines Elternteils sind nur der Zahl nach anzugeben. <sup>4</sup>Bei Reisegesellschaften von mehr als zehn Personen trifft die Verpflichtung nach Satz 1 nur den Reiseleiter; er hat die Mitreisenden der Zahl nach unter Angabe ihrer Staatsangehörigkeit anzugeben. <sup>5</sup>Nimmt eine Person, die bereits einen besonderen Meldeschein nach Satz 1 ausgefüllt hatte, innerhalb von zwei Jahren erneut Unterkunft in der Beherbergungsstätte, genügt es, wenn sie einen mit den Angaben des Art. 24 Abs. 2 Satz 1 versehenen besonderen Meldeschein handschriftlich unterschreibt, sofern die Verantwortlichen der Beherbergungsstätte auch den von der beherbergten Person handschriftlich ausgefüllten und unterschriebenen besonderen Meldeschein bereit halten; gleiches gilt für weitere Aufnahmen, sofern sie jeweils innerhalb von weiteren zwei Jahren erfolgen.

(3) Beherbergte Ausländer, die nach Abs. 2 namentlich auf dem Meldeschein aufzuführen sind, haben sich bei der Anmeldung gegenüber den Leitern der Beherbergungsstätte oder ihren Beauftragten durch die Vorlage eines gültigen Identitätsdokuments (Pass, Personalausweis oder ein anderes Passersatzpapier) auszuweisen.

(4) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn Personen in Zelten, Wohnwagen oder Wasserfahrzeugen auf Plätzen übernachten, die gewerbs- oder geschäftsmäßig überlassen werden.

(5) Abs. 2 und 3 gelten nicht für

1. Einrichtungen mit Heimunterbringung, die der Erwachsenenbildung, der Ausbildung oder der Fortbildung dienen,
2. Betriebs- oder Vereinsheime, wenn dort nur Betriebs- oder Vereinsmitglieder und deren Familienangehörige beherbergt werden,
3. Jugendherbergen des „Deutschen Jugendherbergswerks e.V.“ und Berghütten, ferner zeitweilig belegte Einrichtungen der öffentlichen oder öffentlich anerkannten Träger der Jugendarbeit,
4. Niederlassungen von Orden, Kongregationen, Gemeinschaften ohne kirchenamtliche Gelübde und Säkularinstituten der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften sowie deren Exerzitienhäuser.

### Art. 24 Besondere Meldescheine für Beherbergungsstätten

(1) <sup>1</sup>Die Leiter von Beherbergungsstätten oder ihre Beauftragten haben auf die Erfüllung der Meldepflichten ihrer Gäste hinzuwirken und besondere Meldescheine nach Abs. 2 bereitzuhalten. <sup>2</sup>Legen beherbergte Gäste entgegen Art. 23 Abs. 3 kein oder kein gültiges Identitätsdokument vor, so ist dies auf dem Meldeschein zu vermerken.

(2) <sup>1</sup>Die besonderen Meldescheine müssen Angaben enthalten über

1. den Tag der Ankunft und den der voraussichtlichen Abreise,
2. den Familiennamen,
3. den gebräuchlichen Vornamen (Rufnamen),
4. den Tag der Geburt,
5. die Anschrift,
6. die Staatsangehörigkeiten.

<sup>2</sup>Die Leiter von Beherbergungsstätten oder ihre Beauftragten haben in den Fällen des Art. 23 Abs. 3 die im Meldeschein gemachten Angaben mit denen des Identitätsdokuments zu vergleichen. <sup>3</sup>Ergeben sich hierbei Abweichungen, ist dies auf dem Meldeschein zu vermerken.

(3) <sup>1</sup>Soweit es zur Erhebung des Fremdenverkehrs- oder Kurbeitrags gemäß Art. 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes oder der Kurtaxe gemäß Art. 24 des Kostengesetzes erforderlich ist, haben die Leiter der Beherbergungsstätten oder ihre Beauftragten auf dem Meldeschein den Tag der tatsächlichen Abreise zu vermerken. <sup>2</sup>Sie können ferner die für Zwecke der Beherbergungs- und Fremdenverkehrstaktiken erforderlichen Angaben auf dem Meldeschein vermerken.

(4) Die Meldescheine sind von der Beherbergungsstätte ein Jahr aufzubewahren, für die Polizei und die Meldebehörde zur Einsichtnahme bereitzuhalten sowie ihnen auf Verlangen auszuhändigen, vor unbefugter Einsichtnahme zu sichern und nach Ablauf der Aufbewahrungsdauer binnen angemessener Frist zu vernichten, soweit sie nicht nach Art. 23 Abs. 2 Satz 5 oder Art. 26 Abs. 1 Satz 3 genutzt werden.

(5) Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Verordnung das Nähere über die Muster der besonderen Meldescheine, die Zahl der Ausfertigungen sowie über ihre Bereithaltung für die Polizei und die Meldebehörde zu bestimmen.

### Art. 25 Krankenhäuser und ähnliche Einrichtungen

(1) <sup>1</sup>Wer in Krankenhäuser, Pflegeheime oder sonstige Einrichtungen, die der Betreuung pflegebedürftiger oder behinderter Menschen, der Rehabilitation oder der Heimerziehung dienen, aufgenommen wird, braucht sich nicht anzumelden, solange er für eine andere Wohnung im Inland gemeldet ist. <sup>2</sup>Wer nicht für eine solche Wohnung gemeldet ist, hat sich innerhalb einer Woche anzumelden, sobald sein Aufenthalt die Dauer von zwei Monaten überschreitet. <sup>3</sup>Für

Personen, die ihrer Meldepflicht wegen Gebrechlichkeit nicht nachkommen können, sind die Leiter der Einrichtungen oder ihre Beauftragten meldepflichtig. <sup>4</sup>Art. 13 Abs. 3 Sätze 3 und 4 bleiben unberührt. <sup>5</sup>Die Meldebehörden dürfen die Daten der nach Satz 2 meldepflichtigen Personen nur nach Maßgabe des Art. 22 Abs. 3 Sätze 5 und 6 übermitteln.

(2) <sup>1</sup>Die in Einrichtungen nach Abs. 1 aufgenommenen Personen haben den Leitern dieser Einrichtungen oder ihren Beauftragten die erforderlichen Angaben über ihre Identität zu machen. <sup>2</sup>Die Leiter der Einrichtungen oder ihre Beauftragten sind verpflichtet, diese Angaben unverzüglich in ein Verzeichnis aufzunehmen. <sup>3</sup>Der Polizei und den Staatsanwaltschaften ist hieraus Auskunft zu erteilen, wenn dies nach ihrer Feststellung zur Abwehr einer erheblichen und gegenwärtigen Gefahr, zur Verfolgung von Straftaten oder zur Aufklärung des Schicksals von Vermissten und Unfallopfern im Einzelfall erforderlich ist.

(3) Das Verzeichnis muss Angaben enthalten über

1. den Familiennamen,
2. den gebräuchlichen Vornamen (Rufnamen),
3. den Tag und den Ort der Geburt,
4. die Anschrift.

(4) An die Stelle eines Verzeichnisses nach Abs. 2 können sonstige Unterlagen der dort genannten Einrichtungen treten, wenn sie die Daten des Abs. 3 enthalten.

(5) <sup>1</sup>Die Verzeichnisse nach Abs. 2 sind nach der Entlassung der aufgenommenen Personen ein Jahr aufzubewahren und dann zu vernichten. <sup>2</sup>Die Aufbewahrungsfrist gilt für sonstige Unterlagen nach Abs. 4 entsprechend.

(6) Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Verordnung Muster der Verzeichnisse nach Abs. 2 zu bestimmen und vorzuschreiben, dass Einrichtungen im Sinn des Abs. 1 Satz 1 die Gesamtzahl der aufgenommenen Personen, deren Aufenthalt zwei Monate überschreitet, der Meldebehörde am Sitz der Anstalt regelmäßig mitzuteilen haben.

#### **Art. 26 Nutzungsbeschränkungen**

(1) <sup>1</sup>Die nach Art. 23 Abs. 2 erhobenen und die gemäß Art. 24 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 vermerkten Angaben dürfen nur von den in Art. 28 Abs. 4 genannten Behörden für Zwecke der Gefahrenabwehr oder der Strafverfolgung sowie zur Aufklärung der Schicksale von Vermissten und Unfallopfern ausgewertet und verarbeitet werden. <sup>2</sup>Die Daten dürfen darüber hinaus zur Erhebung des Fremdenverkehrs- und Kurbeitrags gemäß Art. 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes, der Kurtaxe gemäß Art. 24 des Kostengesetzes und für Zwecke der Beherbergungs- und Fremdenverkehrsstatistiken ausgewertet und verarbeitet werden. <sup>3</sup>Beherbergungsbetriebe dürfen die Daten nach Maßgabe des Bundesdatenschutzgesetzes auch für eigene Zwecke verwenden.

(2) Die nach Art. 25 Abs. 2 erhobenen Angaben dürfen von der Polizei und den Staatsanwaltschaften nur für die in Art. 25 Abs. 2 Satz 3 genannten Zwecke ausgewertet und verarbeitet werden.

#### **Vierter Abschnitt Datenübermittlungen**

##### **Art. 27 Datenübermittlungen zwischen den Meldebehörden**

(1) <sup>1</sup>Die Zuzugsmeldebehörde hat der Wegzugsmeldebehörde und den für weitere Wohnungen zuständigen Meldebehörden unverzüglich, spätestens jedoch drei Werktage nach der Anmeldung die in Art. 3 Abs. 1 Nrn. 1 bis 17 genannten Daten des Betroffenen durch Datenübertragung zu übermitteln (Rückmeldung). <sup>2</sup>Die Wegzugsmeldebehörde hat die übermittelten Daten unverzüglich zu verarbeiten und die Zuzugsmeldebehörde über die in Art. 3 Abs. 2 Nrn. 1, 3, 4, 7, 10 und 11 genannten Tatsachen sowie dann zu unterrichten, wenn die in Satz 1 bezeichneten Daten von den bisherigen Angaben abweichen. <sup>3</sup>Bei einem Zuzug aus dem Ausland ist die für den letzten Wohnort im Inland zuständige Meldebehörde zu unterrichten. <sup>4</sup>Für die Datenübermittlung zwischen den bayerischen Meldebehörden gilt § 2 der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung (1. BMeldDÜV) vom 21. Juni 2005 (BGBl I S. 1689), geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 13. Juli 2005 (BGBl I S. 2171), entsprechend. <sup>5</sup>Sind von einer Rückmeldung Meldebehörden betroffen, die einen § 2 der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung vergleichbaren Sicherheitsstandard erfüllen, können sie abweichend von Satz 4 ihr Verfahren der Datenübermittlung verwenden; Art. 9 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Werden die in Art. 3 Abs. 1, Abs. 2 Nrn. 1, 7 und 11 bezeichneten Daten fortgeschrieben, so sind die für weitere Wohnungen des Einwohners zuständigen Meldebehörden zu unterrichten, soweit die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

(3) <sup>1</sup>In den Fällen des Art. 31 Abs. 7 und 8 hat die zuständige Meldebehörde unverzüglich die für die vorherige Wohnung und die für weitere Wohnungen zuständigen Meldebehörden zu unterrichten. <sup>2</sup>Dies gilt auch für die Aufhebung einer Auskunftssperre.

(4) Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Verordnung für Datenübermittlungen nach den Abs. 1 bis 3 das Nähere über das Verfahren, insbesondere die Art und Form der zu übermittelnden Daten zu regeln.

(5) Soweit auf Grund von völkerrechtlichen Übereinkünften ein meldebehördliches Rückmeldeverfahren mit Stellen des Auslands vorgesehen ist, gehen die darin getroffenen Vereinbarungen den Regelungen nach Abs. 1 bis 4 vor.

**Art. 28**  
**Datenübermittlungen an**  
**andere Behörden oder sonstige öffentliche Stellen**

(1) <sup>1</sup>Die Meldebehörde darf einer anderen Behörde oder sonstigen öffentlichen Stelle im Inland aus dem Melderegister folgende Daten von Einwohnern übermitteln, soweit dies zur Erfüllung von in ihrer Zuständigkeit oder in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden Aufgaben erforderlich ist:

1. Familiennamen,
2. frühere Namen,
3. Vornamen,
4. Doktorgrad,
5. Ordensnamen/Künstlernamen,
6. Tag und Ort der Geburt,
7. Geschlecht,
8. gesetzlicher Vertreter (Vor- und Familiennamen, Doktorgrad, Anschrift, Tag der Geburt, Sterbetag),
9. Staatsangehörigkeiten einschließlich der nach Art. 3 Abs. 2 Nr. 4 gespeicherten Daten,
10. gegenwärtige und frühere Anschriften, Haupt- und Nebenwohnung, bei Zuzug aus dem Ausland auch die letzte frühere Anschrift im Inland,
11. Tag des Ein- und Auszugs,
12. Familienstand, bei Verheirateten oder Lebenspartnern zusätzlich Tag und Ort der Eheschließung oder der Begründung der Lebenspartnerschaft,
13. Übermittlungssperren sowie
14. Sterbetag und -ort.

<sup>2</sup>Für Übermittlungen an Behörden und sonstige öffentliche Stellen

1. in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union,
2. in anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
3. der Organe und Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaften

im Rahmen von Tätigkeiten, die ganz oder teilweise in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Gemeinschaften fallen, gilt Satz 1 nach den für diese Übermittlungen geltenden Gesetzen und Vereinbarungen. <sup>3</sup>Werden Daten über eine Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Einwohner übermittelt, so dürfen für die Zusammensetzung der Personengruppe nur die in Satz 1 genannten Daten zugrunde gelegt werden. <sup>4</sup>Den in Abs. 4 bezeichneten Behörden darf die Meldebehörde unter den Voraussetzungen des Satzes 1 über die dort genannten Daten hinaus auch die Angaben nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 16 übermitteln.

(2) <sup>1</sup>Die Daten dürfen auch auf automatisiert verarbeitbaren Datenträgern, durch Datenübertragung oder nach Maßgabe des Abs. 5 durch automatisierte Abrufverfahren übermittelt werden, wenn über die Identität der anfragenden Stelle kein

Zweifel besteht und keine Übermittlungssperre nach Art. 29 Abs. 2 Satz 3 vorliegt; ein automatisierter Abruf nach Abs. 5 ist ferner ausgeschlossen, wenn eine Auskunftssperre nach Art. 31 Abs. 7 und 8 vorliegt, es sei denn, der Abruf erfolgt durch eine in Abs. 4 Satz 1 genannte Stelle. <sup>2</sup>Art. 9 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Die Übermittlung weiterer als der in Abs. 1 Satz 1 bezeichneten Daten oder die Übermittlung der in Art. 3 Abs. 1 oder Abs. 2 genannten Hinweise im Melderegister an andere Behörden oder sonstige öffentliche Stellen ist nur dann zulässig, wenn der Empfänger

1. ohne Kenntnis der Daten zur Erfüllung einer ihm durch Rechtsvorschrift übertragenen Aufgabe nicht in der Lage wäre und
2. die Daten beim betroffenen Einwohner nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand erheben könnte oder von einer Datenerhebung beim betroffenen Einwohner nach der Art der Aufgabe, zu der die Daten erforderlich sind, abgesehen werden muss.

(4) <sup>1</sup>Wird die Meldebehörde von der Polizei, den Staatsanwaltschaften, den Gerichten, den Justizvollzugsanstalten, dem Landesamt für Verfassungsschutz, dem Bundesamt für Verfassungsschutz, dem Bundesnachrichtendienst, dem Militärischen Abschirmdienst, dem Bundeskriminalamt, der Bundespolizei, dem Zollfahndungsdienst, dem Generalbundesanwalt oder den Steuerfahndungs-, Bußgeld- und Strafsachenstellen der Finanzämter um Übermittlung von Daten oder Hinweisen nach Abs. 3 zur Erfüllung der in der Zuständigkeit dieser Behörden liegenden Aufgaben ersucht, so entfällt die Prüfung durch die Meldebehörde, ob die Voraussetzungen nach Abs. 3 und Art. 7 vorliegen. <sup>2</sup>Die ersuchende Behörde hat den Namen und die Anschrift des Betroffenen unter Hinweis auf den Anlass der Übermittlung aufzuzeichnen. <sup>3</sup>Die Aufzeichnungen sind gesondert aufzubewahren, durch technische und organisatorische Maßnahmen zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Aufzeichnung folgt, zu vernichten.

(5) <sup>1</sup>Daten dürfen regelmäßig, insbesondere im Wege automatisierter Abrufverfahren, an andere Behörden oder sonstige öffentliche Stellen übermittelt werden, soweit dies durch Bundes- oder Landesrecht zugelassen ist, Anlass und Zweck der Übermittlungen festgelegt sowie Datenempfänger und zu übermittelnde Daten bestimmt sind. <sup>2</sup>Die Übermittlung von Vor- und Familiennamen, Doktorgrad und Anschriften bestimmter Einwohner mittels automatisierter Abrufverfahren ist zulässig, soweit die Kenntnis dieser Daten zur Erfüllung der Aufgaben der abrufenden Behörde oder sonstigen öffentlichen Stelle erforderlich ist. <sup>3</sup>Für die Bezeichnung von Vor- und Familiennamen oder früheren Namen kann eine phonetisch mögliche Schreibweise genügen. <sup>4</sup>Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Verordnung die regelmäßige Datenübermittlung der in Abs. 1 und 3 genannten Daten zuzulassen und vorzuschreiben; es hat hierbei Anlass und Zweck der Übermittlung, die Datenempfänger, die zu übermittelnden Daten, ihre Form sowie das Nähere über das Verfahren der Übermittlung und den Übermittlungsweg festzulegen.

(6) <sup>1</sup>Die Datenempfänger dürfen die Daten und Hinweise, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur für die Zwecke verarbeiten oder nutzen, zu deren Erfüllung sie ihnen übermittelt oder weitergegeben wurden. <sup>2</sup>In den Fällen des Art. 31 Abs. 7 und 8 ist eine Verarbeitung oder Nutzung der übermittelten Daten und Hinweise nur zulässig, wenn die Beeinträchtigung schutzwürdiger Interessen des Betroffenen ausgeschlossen werden kann.

(7) <sup>1</sup>Innerhalb einer Gemeinde dürfen unter den in Abs. 1 genannten Voraussetzungen sämtliche der in Art. 3 Abs. 1 aufgeführten Daten und Hinweise weitergegeben werden. <sup>2</sup>Satz 1 gilt für die Datenweitergabe zwischen Verwaltungsgemeinschaften und ihren Mitgliedsgemeinden entsprechend. <sup>3</sup>Für die Weitergabe und Einsichtnahme von Daten und Hinweisen nach Art. 3 Abs. 2 gelten Abs. 3 und 6 entsprechend.

### Art. 29

#### Datenübermittlungen an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften

(1) Die Meldebehörde darf einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft unter den in Art. 28 Abs. 1 Satz 1 genannten Voraussetzungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben folgende Daten ihrer Mitglieder übermitteln:

1. Familiennamen,
2. frühere Namen,
3. Vornamen,
4. Doktorgrad,
5. Ordensnamen/Künstlernamen,
6. Tag und Ort der Geburt,
7. Geschlecht,
8. Staatsangehörigkeiten,
9. gegenwärtige und letzte frühere Anschrift, Haupt- und Nebenwohnung, bei Zuzug aus dem Ausland auch die letzte frühere Anschrift im Inland,
10. Tag des Ein- und Auszugs,
11. Familienstand, beschränkt auf die Angabe, ob verheiratet oder eine Lebenspartnerschaft führend oder nicht; zusätzlich bei Verheirateten oder Lebenspartnern: Tag der Eheschließung oder der Begründung der Lebenspartnerschaft,
12. Zahl der minderjährigen Kinder,
13. Übermittlungssperren sowie
14. Sterbetag und -ort.

(2) <sup>1</sup>Von Familienangehörigen der Mitglieder, die nicht derselben oder keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören, darf die Meldebehörde folgende Daten übermitteln:

1. Familiennamen,
2. Vornamen,
3. Tag der Geburt,

4. Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft,
5. Übermittlungssperren sowie
6. Sterbetag.

<sup>2</sup>Familienangehörige im Sinn des Satzes 1 sind der Ehegatte, minderjährige Kinder und die Eltern minderjähriger Kinder. <sup>3</sup>Der Betroffene kann verlangen, dass seine Daten nicht übermittelt werden; er ist hierauf bei der Anmeldung nach Art. 13 Abs. 1 hinzuweisen. <sup>4</sup>Satz 3 gilt nicht, soweit Daten für Zwecke des Steuererhebungsrechts der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft übermittelt werden.

(3) <sup>1</sup>Eine Datenübermittlung nach Abs. 1 und 2 ist nur dann zulässig, wenn sichergestellt ist, dass bei dem Datenempfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen sind. <sup>2</sup>Das Staatsministerium des Innern kann feststellen, ob der Datenempfänger die Voraussetzungen des Satzes 1 erfüllt.

(4) Art. 28 Abs. 2 gilt entsprechend.

### Art. 30

#### Datenübermittlungen an den Suchdienst

Die Meldebehörde übermittelt dem Suchdienst zur Erfüllung seiner Aufgaben folgende Daten der Einwohner, die aus den in § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes bezeichneten Gebieten stammen:

1. Familienname,
2. frühere Namen,
3. Vornamen,
4. Tag und Ort der Geburt,
5. gegenwärtige Anschrift,
6. Anschrift am 1. September 1939.

### Art. 31

#### Melderegisterauskunft

(1) <sup>1</sup>Personen, die nicht Betroffene sind, und andere als die in Art. 28 Abs. 1 bezeichneten Stellen können von den Meldebehörden Auskunft über

1. Vor- und Familiennamen,
2. Doktorgrad und
3. Anschriften

einzelner bestimmter Einwohner verlangen (einfache Melderegisterauskunft). <sup>2</sup>Dies gilt auch, wenn jemand Auskunft über Daten einer Vielzahl namentlich bezeichneter Einwohner begehrt.

(2) <sup>1</sup>Einfache Melderegisterauskünfte können auf automatisiert verarbeitbaren Datenträgern oder durch Datenübertragung erteilt werden, wenn

1. der Antrag in der amtlich vorgeschriebenen Form gestellt worden ist,

2. der Antragsteller den Betroffenen mit Vor- und Familiennamen sowie mindestens zwei weiteren der nach Art. 3 Abs. 1, ausgenommen Nrn. 7 und 9, gespeicherten Daten bezeichnet hat, wobei für den Vor- und Familiennamen oder frühere Namen eine phonetisch mögliche Schreibweise genügen kann, und
3. die Identität des Betroffenen durch einen automatisierten Abgleich der im Antrag angegebenen mit den im Melderegister gespeicherten Daten des Betroffenen eindeutig festgestellt worden ist.

<sup>2</sup>Die der Meldebehörde überlassenen Datenträger oder übermittelten Daten sind nach Erledigung des Antrags unverzüglich zurückzugeben, zu löschen oder zu vernichten.

(3) <sup>1</sup>Einfache Melderegisterauskünfte können unter den Voraussetzungen des Abs. 2 Satz 1 auch durch automatisierten Abruf über das Internet erteilt werden; Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend. <sup>2</sup>Die Eröffnung des Zugangs ist öffentlich bekannt zu machen. <sup>3</sup>Ein Abruf ist nicht zulässig, wenn der Betroffene dieser Form der Auskunftserteilung widersprochen hat; die Meldepflichtigen sind spätestens einen Monat vor der Eröffnung des Zugangs durch Bekanntmachung auf ihr Widerspruchsrecht hinzuweisen. <sup>4</sup>Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Verordnung das Nähere über das Verfahren des Abrufs und den Abrufweg festzulegen.

(4) <sup>1</sup>Soweit jemand ein berechtigtes Interesse glaubhaft macht, darf ihm zusätzlich zu den in Abs. 1 Satz 1 genannten Daten eines einzelnen bestimmten Einwohners eine erweiterte Melderegisterauskunft erteilt werden über

1. frühere Vor- und Familiennamen,
2. Tag und Ort der Geburt,
3. gesetzliche Vertreter,
4. Staatsangehörigkeiten,
5. frühere Anschriften,
6. Tag des Ein- und Auszugs,
7. Familienstand, beschränkt auf die Angabe, ob verheiratet oder eine Lebenspartnerschaft führend oder nicht,
8. Vor- und Familiennamen sowie Anschrift des Ehegatten oder Lebenspartners sowie
9. Sterbetag und -ort.

<sup>2</sup>Die Meldebehörde hat den Betroffenen über die Erteilung einer erweiterten Melderegisterauskunft unter Angabe des Datenempfängers unverzüglich zu unterrichten; dies gilt nicht, wenn der Datenempfänger ein rechtliches Interesse, insbesondere zur Geltendmachung von Rechtsansprüchen glaubhaft gemacht hat.

(5) <sup>1</sup>Melderegisterauskunft über eine Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Einwohner (Gruppenauskunft) darf nur erteilt werden, soweit sie im öffentlichen Interesse liegt. <sup>2</sup>Für die Zusammensetzung der Personengruppe dürfen die folgenden Daten herangezogen werden:

1. Tag der Geburt,

2. Geschlecht,
3. Staatsangehörigkeiten,
4. Anschriften,
5. Tag des Ein- und Auszugs,
6. Familienstand, beschränkt auf die Angabe, ob verheiratet oder eine Lebenspartnerschaft führend oder nicht.

<sup>3</sup>Außer der Tatsache der Zugehörigkeit zu der Gruppe dürfen folgende Daten mitgeteilt werden:

1. Familiennamen,
2. Vornamen,
3. Doktorgrad,
4. Alter,
5. Geschlecht,
6. gesetzlicher Vertreter minderjähriger Kinder (Vor- und Familiennamen, Anschrift),
7. Staatsangehörigkeiten sowie
8. Anschriften.

(6) Bei Melderegisterauskünften nach Abs. 4 und 5 darf der Empfänger die Daten nur für den Zweck verwenden, zu dessen Erfüllung sie ihm übermittelt wurden.

(7) <sup>1</sup>Liegen Tatsachen vor, die die Annahme rechtfertigen, dass dem Betroffenen oder einer anderen Person durch eine Melderegisterauskunft eine Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Interessen erwachsen kann, hat die Meldebehörde auf Antrag oder von Amts wegen eine Auskunftssperre im Melderegister einzutragen. <sup>2</sup>Eine Melderegisterauskunft ist in diesen Fällen unzulässig, es sei denn, dass nach Anhörung des Betroffenen eine Gefahr im Sinn von Satz 1 ausgeschlossen werden kann. <sup>3</sup>Die Auskunftssperre endet mit Ablauf des zweiten auf die Antragstellung folgenden Kalenderjahres; sie kann auf Antrag verlängert werden.

(8) Die Melderegisterauskunft ist ferner unzulässig,

1. soweit die Einsicht in einen Eintrag im Geburten- oder Familienbuch nach § 61 Abs. 2 und 3 des Personenstandsgesetzes nicht gestattet werden darf,
2. in den Fällen des § 1758 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

(9) Die Erteilung von Melderegisterauskünften nach Abs. 4 und 5 kann unter Bedingungen erfolgen oder mit Auflagen verbunden werden, die die Einhaltung der Bestimmungen dieses Gesetzes beim Auskunftsempfänger sicherstellen.

## Art. 32

### Melderegisterauskünfte in besonderen Fällen

(1) <sup>1</sup>Die Meldebehörde darf Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit allgemeinen Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher oder kommunaler Ebene in den sechs der Stimmabgabe vorangehenden Monaten Auskunft aus dem Melderegister über die in Art. 31 Abs. 1 Satz 1 bezeichneten Daten von

Gruppen von Wahlberechtigten erteilen, für deren Zusammensetzung das Lebensalter der Betroffenen bestimmend ist. <sup>2</sup>Die Geburtstage der Wahlberechtigten dürfen dabei nicht mitgeteilt werden. <sup>3</sup>Die Betroffenen haben das Recht, der Weitergabe ihrer Daten nach Satz 1 zu widersprechen. <sup>4</sup>Hierauf sind sie bei der Anmeldung und spätestens acht Monate vor Wahlen zum Deutschen Bundestag, zum Europäischen Parlament, zum Landtag oder zum Bezirkstag sowie bei Gemeinde- und Landkreiswahlen im Sinn des Art. 9 Abs. 2 Satz 1 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes durch öffentliche Bekanntmachung hinzuweisen. <sup>5</sup>Der Empfänger hat die Daten spätestens einen Monat nach der Wahl oder Abstimmung zu löschen.

(2) <sup>1</sup>Begehren Parteien, Wählergruppen, Mitglieder parlamentarischer Vertretungskörperschaften und Bewerber für diese sowie Presse und Rundfunk eine Melderegisterauskunft über Alters- oder Ehejubiläen von Einwohnern, so darf die Meldebehörde die Auskunft nur dann erteilen, wenn die Betroffenen der Auskunftserteilung nicht widersprochen haben. <sup>2</sup>Die Betroffenen sind bei der Anmeldung auf ihr Widerspruchsrecht nach Satz 1 hinzuweisen. <sup>3</sup>Wird die Auskunft erteilt, so darf sie nur die in Art. 31 Abs. 1 Satz 1 genannten Daten der Betroffenen sowie Tag und Art des Jubiläums umfassen.

(3) <sup>1</sup>Adressbuchverlagen darf Auskunft über die in Art. 31 Abs. 1 Satz 1 bezeichneten Daten sämtlicher Einwohner, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, erteilt werden. <sup>2</sup>Die Betroffenen haben das Recht, der Weitergabe ihrer Daten nach Satz 1 zu widersprechen. <sup>3</sup>Hierauf sind sie bei der Anmeldung hinzuweisen.

(4) Art. 31 Abs. 6, 7 und 9 gelten entsprechend.

### **Fünfter Abschnitt Automatisierte Datenverarbeitung**

#### **Art. 33 Zulässigkeit der Datenverarbeitung im Auftrag**

(1) <sup>1</sup>Für die Zulässigkeit der Meldedatenverarbeitung im Auftrag der Meldebehörden gilt Art. 6 des Bayerischen Datenschutzgesetzes. <sup>2</sup>Unbeschadet der Rechte und Pflichten aus dem Auftragsverhältnis haben die beauftragten Stellen insoweit die Pflichten der Meldebehörden zu erfüllen.

(2) <sup>1</sup>Verarbeitet die mit der Datenverarbeitung nach Abs. 1 beauftragte Stelle Daten eines Einwohners für mehrere Meldebehörden, so kann sie die Daten eines Einwohners in einem Datensatz speichern. <sup>2</sup>Dabei muss sichergestellt sein, dass die Meldebehörden auf diesen Datensatz nur im Rahmen ihrer Zuständigkeit zugreifen können.

(3) Werden die Daten des Einwohners nach Abs. 2 gespeichert, so kann hierbei ein gemeinsames Ordnungsmerkmal (Art. 4) verwendet werden.

(4) Auf die bei einer beauftragten Stelle gespeicherten Daten eines Einwohners und die Hinweise zum Nachweis ihrer Richtigkeit können alle Meldebehörden, die diese Stelle beauftragt haben und bei denen sich der Einwohner

angemeldet hat, zugreifen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

(5) Gesonderte Datenübermittlungen nach Art. 27 finden in den Fällen des Abs. 1 nicht statt.

#### **Art. 34 Zulässigkeit der Übertragung von Aufgaben der Datenverarbeitung**

(1) Die Meldebehörden können Aufgaben der Meldedatenverarbeitung, die über eine Auftragsdatenverarbeitung nach Art. 33 hinaus gehen, auf andere Meldebehörden, Zweckverbände und gemeinsame Kommunalunternehmen nach Art. 2 Abs. 3 und 4 des Gesetzes über die Kommunale Zusammenarbeit oder auf die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern übertragen.

(2) Dabei muss sichergestellt sein, dass die Meldebehörden auf den Datensatz eines Einwohners nur im Rahmen ihrer Zuständigkeit zugreifen können.

(3) Art. 33 Abs. 1 Satz 2, Abs. 4 und Abs. 5 gelten entsprechend.

### **Sechster Abschnitt Ordnungswidrigkeiten**

#### **Art. 35 Ordnungswidrigkeiten**

Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. sich für eine Wohnung anmeldet, die er nicht bezieht, oder sich für eine Wohnung abmeldet, in der er weiterhin wohnt,
2. entgegen Art. 6 Abs. 1, auch in Verbindung mit Abs. 2, Daten bekannt gibt, zugänglich macht oder selbst nutzt,
3. den Meldepflichten nach Art. 13 Abs. 1 oder 2, Art. 20 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 Satz 1, Art. 22 Abs. 2 Satz 2, Art. 23 Abs. 1 Satz 2 oder Art. 25 Abs. 1 Satz 2, auch in Verbindung mit Satz 3, nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommt,
4. entgegen Art. 23 Abs. 2 Sätze 1 oder 4 den besonderen Meldeschein nicht, nicht richtig oder nicht vollständig ausfüllt oder sich entgegen Art. 23 Abs. 3 nicht oder nicht richtig ausweist,
5. entgegen Art. 24 Abs. 4 einen Meldeschein nicht oder nicht für die vorgeschriebene Dauer aufbewahrt,
6. entgegen Art. 25 Abs. 2 Satz 2 Angaben nicht oder nicht rechtzeitig in ein Verzeichnis einträgt.

#### **Art. 36 Ordnungswidrigkeiten bei Melderegisterauskünften**

Mit Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Euro kann belegt werden, wer

1. unrichtige oder unvollständige Angaben tatsächlicher Art macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen die Erteilung einer Auskunft gemäß Art. 31 Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 5 zu erschleichen,
2. vorsätzlich oder fahrlässig entgegen Art. 31 Abs. 6 Daten für einen anderen Zweck verwendet.

### **Siebter Abschnitt Schlussbestimmungen**

#### **Art. 37 Elektronische Verfahren**

Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, die Einzelheiten des Verfahrens

1. der elektronischen Anmeldung,
2. der elektronischen Selbstauskunft,
3. der elektronischen Melderegisterauskunft und
4. regelmäßiger Datenübermittlungen

durch Verordnung festzulegen.

#### **Art. 38 Form von Verordnungen**

<sup>1</sup>Soweit in Verordnungen auf Grund dieses Gesetzes Form und Umfang von Datenübermittlungen zu bestimmen sind, kann hierbei auf jedermann zugängliche Bekanntmachungen des Staatsministeriums des Innern oder sachverständiger Stellen verwiesen werden. <sup>2</sup>Hierbei ist

1. in der Verordnung das Datum der Bekanntmachung anzugeben und die Bezugsquelle genau zu bezeichnen und
2. die Bekanntmachung beim Bayerischen Staatsarchiv zu hinterlegen und in der Verordnung darauf hinzuweisen.

#### **Art. 39 Übergangsbestimmung**

Abweichend von Art. 27 Abs. 1 Satz 1 ist die Rückmeldung bis zum 31. Dezember 2006 auch in papiergebundener Form oder auf automatisiert verarbeitbaren Datenträgern zulässig, sofern bei der Meldebehörde die technischen Voraussetzungen für eine Datenübertragung noch nicht vorliegen.

### **§ 2 Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes**

Art. 3 Abs. 5 des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (AGLPartG) vom 26. Oktober 2001 (GVBl S. 677, BayRS 404-3-J), geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2005 (GVBl S. 586), erhält folgende Fassung:

„(5) Der Notar richtet die Mitteilungen nach Abs. 1 und 3 auch an die zuständige Meldebehörde.“

### **§ 3**

#### **Inkrafttreten; Außerkrafttreten**

<sup>1</sup>Dieses Gesetz tritt am 15. Dezember 2006 in Kraft. <sup>2</sup>Mit Ablauf des 14. Dezember 2006 tritt das Bayerische Gesetz über das Meldewesen (Meldegesetz – MeldeG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Oktober 1995 (GVBl S. 754, ber. S. 914, BayRS 210-3-I), zuletzt geändert durch § 23 des Gesetzes vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 962), außer Kraft.

#### **Begründung:**

##### **A. Allgemeiner Teil**

Das Melderechtsrahmengesetz des Bundes wurde in den letzten Jahren mehrfach geändert und zwar durch:

- Art. 3 § 7 des Gesetzes zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 (BGBl. I S. 1618),
- Art. 1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes vom 28. August 2000 (BGBl. I S. 1302),
- Art. 1 des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1186),
- Art. 5 des Gesetzes zur Neuregelung des Waffenrechts vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970),
- Art. 1 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes vom 27. Mai 2003 (BGBl. I S. 742),
- Art. 19 des Zweiten Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 2003) vom 15. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2645),
- Art. 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes vom 25. August 2004 (BGBl. I S. 2210),
- Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts vom 21. April 2005 (BGBl. I S. 1073) sowie zuletzt
- Art. 5 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Sprengstoffgesetzes und anderer Vorschriften vom 15. Juni 2005 (BGBl. I S. 1626).

Das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 bestimmt in § 4 Abs. 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Die Kinder müssen sich nach § 29 des Staatsangehörigkeitsgesetzes aber bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit behalten und auf die durch Geburt erworbene ausländische verzichten, oder ob sie die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen, was grundsätzlich zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit führt. § 29 Abs. 5 des Staatsangehörigkeitsgesetzes verpflichtet die zuständigen Behörden, die betroffenen Kinder rechtzeitig über

ihr Optionsrecht und die Folgen zu informieren. Um dies zu ermöglichen, bestimmt Art. 3 § 7 Nr. 1 des Gesetzes zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts insbesondere, die Tatsache, dass ein Einwohner nach § 29 des Staatsangehörigkeitsgesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren kann, in das Melderegister einzutragen.

Das Zweite Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes vom 28. August 2000 sieht insbesondere vor, im Melderegister die Tatsache einzutragen, dass ein Einwohner als Unionsbürger bei der Wahl des Europäischen Parlaments von Amts wegen in ein Wählerverzeichnis in der Bundesrepublik Deutschland einzutragen ist.

Das Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze vom 25. März 2002 räumt den Landesgesetzgebern die Möglichkeit ein, die Melderegister verstärkt elektronisch zu führen und zu nutzen. So gestattet es den Landesgesetzgebern,

- die elektronische Anmeldung einer Person (§ 11 Abs. 6 MRRG),
- die elektronische Rückmeldung zwischen von einem Umzug betroffenen Meldebehörden (§ 17 Abs. 1 Satz 2 MRRG),
- die elektronische Selbstauskunft (§ 8 Abs. 1 MRRG),
- die elektronische (einfache) Melderegisterauskunft für Private (§ 21 Abs. 1a MRRG) sowie
- die elektronische Datenübermittlung von Meldebehörden an andere Behörden oder sonstige öffentliche Stellen (§ 18 Abs. 1a MRRG)

zuzulassen. Sinn ist es, die in der elektronischen Kommunikation liegenden Vorteile zu erschließen und die Dienstleistungsfunktionen der Melderegister zu eröffnen. Das Gesetz zur Stärkung elektronischer Verwaltungstätigkeiten vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 962) setzte diese Möglichkeiten in § 23 zum Teil um. Neben der Zulassung elektronischer Verfahren passt das Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze das Melderecht an das Lebenspartnerschaftsgesetz an, das gleichgeschlechtlichen Partnern die Möglichkeit eröffnet, eine eingetragene Lebenspartnerschaft mit bestimmten Rechtswirkungen eingehen zu können. Weitere Änderungen sind die weitgehende Abschaffung der Abmeldepflicht sowie der Mitwirkungspflicht des Vermieters bei der An- und Abmeldung eines Mieters. Im Übrigen fasst es eine Vielzahl von Bestimmungen des Melderechtsrahmengesetzes neu. Dies betrifft etwa das Selbstauskunftsrecht eines Einwohners, die Ausnahmen von der Meldepflicht sowie die besondere Meldepflicht in Beherbergungsstätten, Krankenhäusern, Heimen und ähnlichen Einrichtungen.

Das Gesetz zur Neuregelung des Waffenrechts vom 11. Oktober 2002 bestimmt in Art. 5, die Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis und weitere damit in Zusammenhang stehende Angaben in das Melderegister einzutragen. Dies wird durch den neu gefassten § 44 des Waffengesetzes ergänzt, der gegenseitige Mitteilungspflichten für Melde- und Waffenerlaubnisbehörden vorsieht.

Das Dritte Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes vom 27. Mai 2003 regelt zum einen die Bestimmungen zur Meldepflicht bei vorübergehenden Aufenthalten neu und erklärt zum anderen wesentliche Änderungen durch das vorherige Gesetz zur Neuregelung des Waffenrechts bis zur Anpassung des Melderechts der Länder für unmittelbar anwendbar.

Das Steueränderungsgesetz vom 15. Dezember 2003 sieht vor, jedem Einwohner eine Steueridentifikationsnummer zuzuteilen, die eine einfachere und effizientere Besteuerung ermöglichen soll.

Beim Bundeszentralamt für Steuern soll ein zentrales Register über die Steuerdaten der Einwohner geführt werden. Um dieses zentrale Register zu schaffen, bestimmt das Steueränderungsgesetz 2003, die Identifikationsnummer in das Melderegister einzutragen. Weiter dürfen die Meldebehörden einen Teil der Meldedaten ihrer Einwohner an das Bundeszentralamt für Steuern übermitteln und müssen es auch von späteren Änderungen informieren.

Das Vierte Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes vom 25. August 2004 bestimmt, dass der Datenaustausch zwischen von einem Umzug betroffenen Meldebehörden, die sog. Rückmeldung, ab dem 1. Januar 2007 nur noch durch Datenübertragung, also auf elektronischem Weg, erfolgen darf. Dies betrifft sowohl länderübergreifende als auch landesinterne Rückmeldungen.

Das Zweite Gesetz zur Änderung des Betreuungsrechts vom 21. April 2005 ermächtigt die Länder, zu bestimmen, dass sich eine melde- und auskunftspflichtige Person durch eine hierzu bevollmächtigte Person vertreten lassen kann.

Das Dritte Gesetz zur Änderung des Sprengstoffgesetzes und anderer Vorschriften vom 15. Juni 2005 bestimmt in Art. 5 schließlich, die Tatsache der Erteilung einer sprengstoffrechtlichen Erlaubnis oder eines Befähigungsscheines nach § 20 des Sprengstoffgesetzes in das Melderegister einzutragen, und sieht gegenseitige Mitteilungspflichten vor.

Der Gesetzentwurf passt das Meldegesetz entsprechend § 23 Abs. 1 des Melderechtsrahmengesetzes an diese Änderungen an.

Er macht zudem von den bundesrechtlich eröffneten Regelungsspielräumen insbesondere zur Meldepflicht von Stammgästen in Beherbergungsbetrieben (Art. 23 Abs. 2 Satz 5) und für ausländische Saisonarbeitnehmer, die sich nicht länger als zwei Monate in Deutschland aufhalten, Gebrauch (Art. 22 Abs. 2 Nr. 2). Weiter ermöglicht er es den Meldebehörden, eine Anmeldung mittels eines sog. vorausgefüllten Meldescheins zuzulassen (Art. 16 Abs. 2). Dies bedeutet, dass die Meldebehörde des Zuzugsortes bestimmte Meldedaten des Einwohners bei der Meldebehörde des Wegzugsortes elektronisch abrufen und ihm in seiner Anwesenheit oder wiederum elektronisch zur Kenntnis geben kann, um sie zu aktualisieren. Dadurch werden der Aufwand des Einwohners und der beteiligten Meldebehörden deutlich reduziert sowie der Grad der Richtigkeit der Melderegister erhöht. Der Gesetzentwurf schafft auch die Grundlage für die Anmeldung durch vorausgefüllten Meldeschein bei einem länderübergreifenden Umzug, soweit dies nach Landesrecht geregelt werden kann. Ob die Meldebehörde eine Anmeldung mittels eines vorausgefüllten Meldescheines zulassen, liegt allerdings in ihrer Entscheidung.

Der Gesetzentwurf geht den Weg, das Meldegesetz neu zu erlassen. Grund ist, dass die zahlreichen Änderungen im Melderechtsrahmengesetz so erheblich in die Struktur des bisherigen Meldegesetzes eingreifen, dass eine bloße Fortschreibung dieser Gesetzesfassung kaum überwindbaren Hindernissen begegnen würde. Der Gesetzentwurf geht daher nicht den Weg, das bisherige Meldegesetz nur zu ändern, sondern es – allerdings auf der Grundlage der bisherigen Fassung – neu zu erlassen.

## B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Die Anpassung des Landesmelderechts an die Änderungen des Melderechtsrahmengesetzes des Bundes ist zwingend. Die darüber hinaus gehenden Vorhaben setzen Bedürfnisse der Praxis um oder bezwecken eine Deregulierung.

### C. Begründung der einzelnen Vorschriften

#### Zu § 1

#### Gesetz über das Meldewesen

##### Zu Art. 1

Entspricht Art. 1 MeldeG 1995.

##### Zu Art. 2

Anpassung des Art. 2 MeldeG 1995 an das Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze. Die Melderegister enthalten unter Umständen nicht nur Daten von Einwohnern, sondern auch von anderen Personen, wobei deren Daten aber nur auf Grund einer den Vorschriften des Bayer. Datenschutzgesetzes entsprechenden Einwilligung erhoben, verarbeitet und genutzt werden dürfen. Dies stellt der neu geschaffene Abs. 2 Satz 2 klar.

##### Zu Art. 3

Die Vorschrift beruht auf Art. 3 MeldeG 1995, der aber an zahlreiche Änderungen des Melderechtsrahmengesetzes anzupassen ist:

- Abs. 1 Nr. 8 MeldeG 1995 (Angabe „erwerbstätig/nicht erwerbstätig“) ist nach dem Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze aufzuheben;
- Abs. 1 Nr. 12: Erweiterung der Melderegister um die letzte frühere Anschrift im Inland bei Zuzügen aus dem Ausland auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze;
- Abs. 1 Nr. 14: Erweiterung der Melderegister um eingetragene Lebenspartnerschaft auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze;
- Abs. 1 Nr. 15: Erweiterung der Melderegister um den Partner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze;
- Abs. 1 Nr. 16: Eintragung nur noch von minderjährigen Kindern anstelle der bisher einzutragenden Kinder bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze;
- Abs. 1 Nr. 17: Erweiterung der Angaben zu Pässen und Personalausweisen um deren Seriennummern auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze;
- Abs. 2 Nr. 1: Erweiterung der Melderegister um die Tatsache, dass ein Unionsbürger bei der Wahl zum Europäischen Parlament von Amts wegen in ein Wählerverzeichnis in Deutschland einzutragen ist auf Grund des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze sowie des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze;
- Abs. 2 Nr. 2: Eintragung der rechtlichen Zugehörigkeit des Ehegatten zu einer Religionsgesellschaft (für die Ausstellung von Lohnsteuerkarten) anstelle dessen zuvor eingetragener Religionszugehörigkeit auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze;
- Abs. 2 Nr. 4: Eintragung der Tatsache, dass beim Meldepflichtigen ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 29 des Staatsangehörigkeitgesetzes eintreten kann (betrifft sog. Optionsdeutsche) auf Grund des Gesetzes zur

Reform des Staatsangehörigkeitgesetzes sowie des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze;

- Abs. 2 Nr. 7: Eintragung der Tatsache, dass eine waffenrechtliche Erlaubnis erteilt worden ist, mit weiteren Angaben auf Grund des Waffenrechtsneuregelungsgesetzes;
- Abs. 2 Nr. 10: Eintragung einer vom Bundeszentralamt für Steuern zu vergebenden Steueridentifikationsnummer auf Grund des Steueränderungsgesetzes 2003. Bis das Bundeszentralamt der Meldebehörde die Identifikationsnummer mitgeteilt hat, wird an deren Stelle ein vorläufiges Bearbeitungsmerkmal eingetragen. Dies betrifft zum einen den Zeitraum, bis das Bundeszentralamt das Vergabeverfahren der Steueridentifikationsnummern allgemein aufgebaut hat. Zum anderen gilt dies auch in einzelnen Fällen, da das Bundeszentralamt, etwa bei Neugeborenen, eine gewisse Bearbeitungszeit benötigt. Bis zur Mitteilung der Steueridentifikationsnummer steht ihr das vorläufige Bearbeitungsmerkmal gleich. Dies bedeutet, dass die Wegzugsmeldebehörde der Zuzugsmeldebehörde etwa im Rahmen der Rückmeldung nach § 1 Art. 27 Abs. 1 Satz 2 auch das vorläufige Bearbeitungsmerkmal übermittelt;
- Abs. 2 Nr. 11: Eintragung der Tatsache, dass eine sprengstoffrechtliche Erlaubnis oder ein Befähigungsschein nach § 20 des Sprengstoffgesetzes erteilt worden ist.

§ 2 Abs. 2 des Melderechtsrahmengesetzes schreibt die Speicherung der in Art. 3 Abs. 2 Nr. 1 bis 4, 7, 8 und 10 genannten Daten verpflichtend vor. Der Gesetzentwurf knüpft an diese bundesrechtliche Verpflichtung an und erweitert sie auf die übrigen in Art. 3 Abs. 2 genannten Daten. Wenn eine Meldebehörde bundesrechtlich ohnehin über Art. 3 Abs. 1 hinaus gehende Daten speichern können muss, ist es sinnvoll, auch die übrigen Daten einzubeziehen, die von den Meldebehörden gespeichert werden dürfen, um eine einheitliche Praxis zu erreichen und Nachteile für die elektronische Kommunikation zu vermeiden.

Abs. 2 Nr. 1 erlaubt die Speicherung von bestimmten wahlrechtlichen Sachverhalten anders als Art. 32 Abs. 1 Satz 1 nicht nur für die Vorbereitung von allgemeinen Wahlen und Abstimmungen, bei denen der Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl oder der Abstimmung gilt, sondern für alle Wahlen und Abstimmungen. Die Speicherung dient damit beispielsweise auch der Vorbereitung einer Seniorenbeiratswahl. Auch für sie besteht das Bedürfnis, zur Wahlvorbereitung auf die Melderegisterdaten zurück zu greifen.

Abs. 2 Nr. 9 erfasst nicht mehr nur den im früheren sog. Ersten Förderungsweg (öffentlich) geförderten, sondern auch den im späteren sog. Dritten Förderungsweg sowie den nunmehr nach dem Wohnraumförderungsgesetz geförderten Wohnraum, dessen Bedeutung im Verhältnis zu den öffentlich geförderten Wohnungen weiter zunehmen wird. Auch bei diesem lässt sich auf andere Weise nicht hinreichend sicherstellen, dass das Freiwerden einer geförderten Wohnung der zuständigen Stelle rechtzeitig bekannt und die Wohnung nach den wohnungsbindungsrechtlichen Vorschriften bestimmungsgemäß wieder belegt wird.

##### Zu Art. 4

Entspricht Art. 4 MeldeG 1995.

##### Zu Art. 5

Anpassung des Art. 5 MeldeG 1995 an das Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes sowie an das Steueränderungsgesetz 2003. Durch beide Änderungen wird die Zweckbindung der in den Melderegistern gespeicherten Daten untermauert: Das Gesetz

zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes stellt für Satz 4 klar, dass die zur Wahlvorbereitung gespeicherten Daten des Art. 3 Abs. 2 Nr. 1 nur an die Wahlbehörden übermittelt werden dürfen. Das Steueränderungsgesetz 2003 sieht in einer neu geschaffenen Nr. 2 in Satz 4 eine vergleichbare Zweckbindungsregelung für die Steuer-Identifizierungsnummer vor, die demnach nur an das Bundeszentralamt für Steuern übermittelt werden darf.

#### **Zu Art. 6**

Entspricht Art. 6 MeldeG 1995.

#### **Zu Art. 7**

Entspricht Art. 7 MeldeG 1995.

#### **Zu Art. 8**

Entspricht Art. 8 MeldeG 1995 mit folgenden Änderungen:

Auf Grund des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes stellt Nr. 2 klar, dass der Betroffene nicht nur einen Anspruch auf Berichtigung der zu seiner Person gespeicherten Daten hat, sondern auch auf Ergänzung, falls diese unvollständig sind.

Nrn. 1 bis 5 sind gemäß dem Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze redaktionell neu gefasst.

#### **Zu Art. 9**

Die Vorschrift beruht im Ansatz auf Art. 9 MeldeG 1995. Das Selbstauskunftsrecht des Betroffenen ist allerdings durch das Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze vollständig neu gefasst und nunmehr detailliert geregelt. Dies gilt nach Abs. 1 sowohl für den Inhalt der Melderegister, über den Auskunft zu erteilen ist, wie auch für die Ausschlussgründe. Abs. 4 übernimmt dabei die bisherigen Ausschlussgründe des Art. 9 Abs. 2 MeldeG 1995. Abs. 3 und Abs. 5 nennen daneben weitere Ausschlussgründe, die sicherheits- und datenschutzrechtliche Gesichtspunkte betreffen. Abs. 6 und Abs. 7 enthalten Regelungen für das Verfahren, falls dem Betroffenen eine Auskunft verweigert wird. Sie sehen insbesondere vor, dass sich der Betroffene an die für die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der Meldebehörde zuständige Stelle wenden kann, die ihrerseits die Auskunft erhalten kann, falls nicht das Staatsministerium des Innern feststellt, dass dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde.

#### **Zu Art. 10**

Die Vorschrift knüpft an Art. 10 MeldeG 1995 an, ist aber durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes vollständig neu gefasst. Sie enthält nun im Detail Regelungen zur Berichtigung und Ergänzung des Melderegisters, falls dieses unrichtig oder unvollständig ist. Abs. 1 fasst die Berichtigung und Ergänzung unter den Rechtsbegriff Fortschreibung zusammen. An der bisherigen Pflicht der Meldebehörde, unrichtigen oder unvollständigen Angaben von Amts wegen nachzugehen, ändert die Vorschrift nichts. Abs. 2 sieht dazu aber erstmals abgestufte Unterstützungspflichten für andere öffentliche Stellen vor, wenn ihnen konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten bekannt werden.

#### **Zu Art. 11**

Entspricht Art. 11 MeldeG 1995 mit folgenden Änderungen:

Abs. 2 wird auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze durch einen neuen Satz 2 ergänzt, wonach die Anschriften vom 1. September 1939 derjenigen Einwohner, die aus den in § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes bezeichneten Gebieten stammen, unverzüglich nach Übermittlung an die Suchdienste zu löschen sind.

In Abs. 3 Satz 2 werden die Daten „Tag und Ort der Geburt“ vom fünf Jahre nach dem Wegzug oder dem Tod eintretenden und fünfzig Jahre geltenden Verwendungsverbot ausgenommen und insofern Daten wie dem Vor- und Familiennamen oder gegenwärtige oder frühere Anschriften angeglichen. Grundlage ist das Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze.

In Abs. 3 Satz 3 Folgeänderung zu Art. 3 Abs. 2 Nr. 1b).

Abs. 4 erweitert die Verordnungsermächtigung für das Staatsministerium des Innern darauf, auch eine Bestimmung für die Dauer der Aufbewahrung von Meldescheinen treffen zu können. Eine solche Regelung fehlt bisher, was in der Praxis zu Zweifeln und einer unterschiedlichen Anwendung geführt hat.

#### **Zu Art. 12**

Entspricht Art. 12 MeldeG 1995.

#### **Zu Art. 13**

Die Vorschrift beruht auf Art. 13 MeldeG 1995, der aber auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze erheblich geändert ist.

Insbesondere hat diese Änderung des Melderechtsrahmengesetzes die Abmeldepflicht weitestgehend abgeschafft. Abs. 2 sieht demnach nur noch eine Pflicht zur Abmeldung vor, wenn der Ausziehende keine neue Wohnung im Inland bezieht, also etwa bei einem Wegzug ins Ausland oder wenn der Betroffene nur eine von mehreren Wohnungen aufgibt. Der weitgehende Wegfall der Abmeldepflicht soll durch eine effektivere Rückmeldung zwischen den beteiligten Meldebehörden nach Art. 27 Abs. 1 ausgeglichen werden. Der weitgehende Wegfall der Abmeldepflicht führt auch zu einer Änderung in Abs. 1: Die nach Art. 13 Abs. 1 Satz 2 MeldeG 1995 noch vorgesehene Pflicht zur Vorlage einer Abmeldebestätigung bei der Anmeldung ist weitestgehend obsolet, so dass Satz 2 nicht übernommen ist.

Abs. 3 Satz 2 löst zudem einen Konflikt, mit dem die Meldebehörden verstärkt konfrontiert sind, seitdem das gemeinsame Sorgerecht geschiedener Elternteile für ihre minderjährigen Kinder der familienrechtliche Regelfall ist. Die Meldebehörden sehen sich immer wieder damit konfrontiert, dass sich Elternteile nicht über den Aufenthalt eines Kindes einigen können, unterschiedliche Angaben zu dessen Wohnung machen oder ihre Zustimmung zu einer Anmeldung bei dem anderen Elternteil verweigern. Diese familienrechtlichen Streitigkeiten kann das Melderecht nicht an Stelle der Familiengerichte lösen. Da das Meldewesen an den tatsächlichen vorwiegenden Aufenthalt eines Einwohners anknüpft, um seine Erreichbarkeit zu gewährleisten, bestimmt Abs. 3 Satz 2 nunmehr, dass die An- und Abmeldepflicht zwar grundsätzlich die gesetzlichen Vertreter treffen. Bezieht der unter 16-jährige aber die Wohnung eines Personensorgeberechtigten, genügt es, wenn dieser die An- oder Abmeldung vornimmt. Die Zustimmung des anderen Personensorgeberechtigten ist dann nicht erforderlich.

Abs. 3 Satz 4 erlaubt nun eine Vertretung bei der An- oder Abmeldung für den Fall einer Vollmacht, nachdem das Zweite Gesetz zur Änderung des Betreuungsrechts vom 21. April 2005 klargestellt hat, dass die Länder die Vertretung insoweit zulassen

können. Die Vorschrift erlaubt grundsätzlich jede rechtsgeschäftliche Vertretung, soweit sie die in Abs. 3 Satz 4 genannte Form wahrt. Die Regelung ist also nicht nur auf Fälle von Vorsorgevollmachten beschränkt, dient aber insbesondere dazu, verstärkt von diesen Gebrauch zu machen, um auch im melderechtlichen Zusammenhang Betreuungen zu vermeiden. Ohne diese Ergänzung müsste bei Personen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage sind, selbst zur Meldebehörde zu kommen, und die nicht in einem Heim leben, jeweils eine zivilrechtliche Betreuung angeordnet werden, damit der Betreuer für den Meldepflichtigen die An- oder Abmeldung vornehmen kann. Die Form der Bevollmächtigung gibt der durch Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts vom 21. April 2005 eingefügte Art. 11 Abs. 7, 2. Halbsatz, des Melderechtsrahmengesetzes verbindlich vor; Abs. 3 Satz 4 setzt dies um.

#### **Zu Art. 14**

Entspricht Art. 15 MeldeG 1995.

#### **Zu Art. 15**

Die Vorschrift beruht auf Art. 16 MeldeG 1995, ist aber an das Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze angepasst, indem eingetragene Lebenspartnerschaften in die Fiktionsregel des Abs. 2 aufgenommen sind. Für Partner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft gelten somit die gleichen Regelungen zur Bestimmung von Haupt- und Nebenwohnung wie für Ehegatten. Im Übrigen ist Abs. 2 noch um eine weitere Zweifelsregelung in Satz 6 ergänzt. Sie greift, wenn der Wohnungsstatus eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners nach den Sätzen 2 und 5 nicht zweifelsfrei bestimmt werden kann. In diesem Fall fingiert Satz 6 die vorwiegend benutzte Wohnung nach Satz 1 zur Hauptwohnung. Die Zweifelsregelung ist vor allem dann von Bedeutung, wenn auch der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen nach Satz 5 nicht zweifelsfrei ist. In diesem Fall stellt Satz 6 wieder auf den vorwiegenden Aufenthalt, also den tatsächlich überwiegenden Aufenthalt, ab.

#### **Zu Art. 16**

Art. 16 beruht inhaltlich teilweise auf dem – an das Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze angepassten – Art. 17 MeldeG 1995, ist aber weitestgehend neu gefasst. Die Vorschrift eröffnet neben der herkömmlichen Form der Anmeldung in Abs. 1 Satz 1 auch die Möglichkeit einer elektronischen Anmeldung in Abs. 1 Satz 2; insoweit greift sie die Änderungen durch das Gesetz zur Stärkung elektronischer Verwaltungstätigkeiten auf.

Sie geht aber noch darüber hinaus, indem sie in Abs. 2 auch die Möglichkeit einer Anmeldung mittels eines sog. vorausgefüllten Meldescheins zulässt. Dies bedeutet, dass die Zuzugsmeldebehörde die Meldedaten eines Einwohners nach Art. 3 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 10 bei einem landesinternen Umzug elektronisch von der Wegzugsmeldebehörde abrufen und sie dem Einwohner in dessen Anwesenheit oder elektronisch zur Kenntnis gibt, um sie zu überprüfen und zu aktualisieren. Voraussetzung ist, dass sowohl die Zuzugsmeldebehörde als auch die Wegzugsmeldebehörde dieses Verfahren anbieten. Der Vorteil besteht in der deutlichen Zeit- und Aufwandsersparnis für die Zuzugs- und die Wegzugsmeldebehörde. Die Anmeldung kann unverzüglich erledigt werden. Widersprüche zwischen den bei der Wegzugsmeldebehörde gespeicherten Meldedaten und den Angaben des Meldepflichtigen lassen sich unverzüglich klären. Dies macht die Melderegisterdaten verlässlicher. Der Datenverkehr muss nach Abs. 2 Satz 4 den Vorgaben des Art. 9 Abs. 2 Satz 2 entsprechen. Die Vorschrift ist

zwischen den Ländern abgestimmt und soll möglichst einheitlich übernommen werden. Sinn ist es, zu gewährleisten, dass die Meldebehörden länderübergreifend elektronisch kommunizieren können.

Abs. 2 Sätze 6 und 7 schaffen die Grundlage für die Anmeldung durch vorausgefüllten Meldeschein bei länderübergreifenden Umzügen, soweit dies nach bayerischem Landesrecht geregelt werden kann. Zieht ein Einwohner aus Bayern weg, verpflichtet Abs. 2 Satz 6 die Wegzugsmeldebehörde, an der Anmeldung durch einen vorausgefüllten Meldeschein durch die außerbayerische Zuzugsmeldebehörde mitzuwirken. Voraussetzung ist, dass das Landesrecht der außerbayerischen Zuzugsmeldebehörde dieses Anmeldeverfahren zulässt und die bayerische Meldebehörde es ebenfalls anbietet. Den Zuzug nach Bayern regelt Abs. 2 Satz 7. Ob die außerbayerische Wegzugsmeldebehörde ermächtigt und verpflichtet ist, an diesem Anmeldeverfahren mitzuwirken, bestimmt sich nach deren Landesrecht. Die entsprechenden Regelungen sollen in den Ländern allerdings möglichst einheitlich umgesetzt werden, so dass die Anmeldung durch einen vorausgefüllten Meldeschein auch länderübergreifend ermöglicht wird.

#### **Zu Art. 17**

Entspricht Art. 18 MeldeG 1995.

#### **Zu Art. 18**

Entspricht Art. 19 MeldeG 1995 mit der Klarstellung im zweiten Halbsatz, dass die Auskunftspflicht im Fall der wirksamen Bevollmächtigung nach Art. 13 Abs. 3 Satz 4 den Bevollmächtigten trifft, soweit ihn die Vollmacht hierzu ermächtigt. Diese Regelung ist erforderlich, da bei der Bevollmächtigung – anders als für die übrigen Ausnahmen von der Pflicht zur höchstpersönlichen Anmeldung in Art. 13 Abs. 3 Satz 2 und 3 – nur das Melderecht, nicht aber die Meldepflicht übergeht. Die Ausnahme beschränkt sich zugleich auf die Reichweite der Vollmacht. Der Bevollmächtigte kann von der Meldebehörde nicht zu Auskünften, zur Vorlage von Unterlagen oder zum persönlichen Erscheinen verpflichtet werden, wenn der Vollmachtgeber ihm insoweit keine Vertretungsmacht eingeräumt hat. Reicht die Bevollmächtigung nicht so weit, richtet sich die Pflicht gegen den bevollmächtigenden Meldepflichtigen.

#### **Zu Art. 19**

Die Vorschrift übernimmt in Abs. 1 den Art. 20 MeldeG 1995.

Abs. 2 sieht einen Auskunftsanspruch der Meldebehörde zu Gunsten eines Wohnungsgebers vor. Sie gleicht den Wegfall der Mitwirkungspflicht des Wohnungsgebers bei der Abmeldung des Art. 14 MeldeG 1995 aus. Das Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze hob nicht nur die Abmeldepflicht weitgehend auf, sondern auch die Mitwirkungspflicht des Wohnungsgebers. Um dessen zivilrechtliche Interessen zu schützen, gewährt es ihm ein besonderes Auskunftsrecht über die in der Wohnung gemeldeten Personen.

#### **Zu Art. 20**

Entspricht Art. 22 MeldeG 1995, wobei Abs. 1 Satz 2 gemäß dem Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze nun auch die Vorschriften zur Auskunftspflicht des Meldepflichtigen für Binnenschiffer und Seeleute für entsprechend anwendbar erklärt.

**Zu Art. 21**

Entspricht Art. 23 MeldeG 1995.

**Zu Art. 22**

Die Vorschrift übernimmt Art. 24 und 25 MeldeG 1995.

Abs. 1 Nrn. 1 und 2 sind gemäß dem Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze redaktionell neu gefasst.

Abs. 2 erweitert die Ausnahme von der Meldepflicht entsprechend § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 des Melderechtsrahmengesetzes auf ausländische Saisonarbeitnehmer, sofern sie sonst im Ausland wohnen und ihr Aufenthalt in Deutschland zwei Monate nicht übersteigt. In den meisten Fällen halten sich Saisonarbeitnehmer nur wenige Wochen in Deutschland auf. Sie einer Meldepflicht zu unterwerfen, bedeutet einen nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand für die Meldebehörden, obwohl es in den meisten Fällen nicht erforderlich ist, ihre Erreichbarkeit für deutsche Behörden in dieser Zeit durch einen zusätzlichen Melderegistereintrag zu gewährleisten.

**Zu Art. 23**

Entspricht Art. 26 MeldeG 1995.

Abs. 2 Satz 5 erlaubt es nun, dass Stammgäste nicht bei jedem Besuch einer Beherbergungsstätte erneut einen besonderen Meldeschein handschriftlich ausfüllen müssen. Vielmehr genügt es, wenn sie den etwa bereits von der Beherbergungsstätte ausgefüllten besonderen Meldeschein handschriftlich unterschreiben, falls die Besuche seit dem handschriftlichen Ausfüllen jeweils nicht mehr als zwei Jahre auseinander liegen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Beherbergungsstätte den handschriftlich ausgefüllten besonderen Meldeschein weiterhin aufbewahrt hat und bereit hält.

**Zu Art. 24**

Beruhet auf Art. 27 MeldeG 1995.

Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 2 und Abs. 5 sind redaktionell geändert. Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2 berücksichtigen zudem die Änderung in Art. 23 Abs. 3 Satz 2.

Abs. 4 berücksichtigt schließlich die Stammgast-Regelung in Art. 23 Abs. 2 Satz 5 und erlaubt es, dass Beherbergungsstätten handschriftlich ausgefüllte besondere Meldescheine länger aufbewahren können.

**Zu Art. 25**

Entspricht mit redaktionellen Änderungen in Abs. 1 Satz 1, 4 und 5 Art. 28 MeldeG 1995.

**Zu Art. 26**

Entspricht Art. 29 MeldeG 1995.

**Zu Art. 27**

Die Vorschrift beruht inhaltlich auf Art. 30 MeldeG 1995, ist aber weitestgehend neu gefasst.

Abs. 1 regelt die Rückmeldung von der Zuzugs- an die Wegzugsmeldebehörde und setzt die Vorgaben des Vierten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes vom 25. August 2004 um. Länderübergreifende und auch landesinterne Rückmeldung

müssen demnach durch Datenübertragung, also auf elektronischem Weg, erfolgen. Diese Pflicht gilt für die Meldebehörden nach der Übergangsregelung des Art. 39 ab 1. Januar 2007. Bis dahin sind Rückmeldungen auch noch in papiergebundener Form oder auf automatisiert verarbeitbaren Datenträgern zulässig.

Für die Daten- und Transportformate gilt bei länderübergreifenden elektronischen Rückmeldungen die Erste Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung unmittelbar. Sie bestimmt hierfür in ihrem § 2 Abs. 3 den Datensatzstandard OSCI-XML und das Übermittlungsprotokoll OSCI-Transport. Hieran knüpft Abs. 1 Satz 4 auch für die landesinternen elektronischen Rückmeldungen grundsätzlich an. Wenn die Meldebehörden ohnehin in der Lage sein müssen, diese Standards im länderübergreifenden Kommunikationsverkehr zu verwenden, macht es Sinn, dies auch für den landesinternen Verkehr grundsätzlich festzulegen.

Abs. 1 Satz 5 macht hiervon aber für die bayerischen Meldebehörden eine Ausnahme, sofern ihr Verfahren der Datenübermittlung einen vergleichbaren Sicherheitsstandard erfüllt. Können sie mit einem OSCI-XML und OSCI-Transport vergleichbaren Standard elektronisch kommunizieren und sind auch die Vorgaben des Art. 9 Abs. 2 Satz 2 beachtet, so müssen sie sich landesintern nicht der Standards für die länderübergreifende Kommunikation bedienen. Dies berücksichtigt, dass jedenfalls die Hauptanbieter für Einwohnermelde-Software in Bayern sowohl intern als auch untereinander bereits Verfahren zur elektronischen Kommunikation zwischen den Meldebehörden, die mit ihnen zusammen arbeiten, entwickelt und im Einsatz haben. Sie sollen diese intern weiter nutzen können, soweit der Sicherheitsstandard nicht hinter dem für den länderübergreifenden Kommunikationsverkehr zurück bleibt.

**Zu Art. 28**

Die Vorschrift beruht inhaltlich auf Art. 31 MeldeG 1995, ist aber in Teilen neu gefasst.

Abs. 1 Satz 1 berücksichtigt die Änderungen in den Melderegistern nach Art. 3 Abs. 1 und 2 gemäß dem Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze. Satz 2 enthält nun gemäß diesem Gesetz eine Regelung zur Datenübermittlung an Organe und Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaften sowie in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in andere Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum. Für die Datenübermittlungen an sie gilt Satz 1 nach den für diese Übermittlungen geltenden Gesetzen und Vereinbarungen.

Abs. 2 bestimmt, wie und unter welchen Voraussetzungen die Daten an andere Behörden oder sonstige öffentliche Stellen übermittelt werden können. Der Datenschutz verlangt, dass über die Identität der anfragenden Stelle keine Zweifel bestehen dürfen. Daneben hindern nach Satz 1, 1. Halbsatz, Übermittlungssperren nach Art. 29 Abs. 2 Satz 3 die Datenübermittlung. Satz 1, 2. Halbsatz, trifft für automatisierte Abrufe nach Abs. 5 eine differenzierte Regelung: liegt für einen Meldepflichtigen eine Auskunftssperre nach Art. 31 Abs. 7 oder 8 vor, dürfen dessen Daten grundsätzlich nicht im automatisierten Verfahren abgerufen werden. Dies soll sicherstellen, dass die mit einer Auskunftssperre versehenen Meldedaten grundsätzlich nur nach Entscheidung der örtlichen Meldebehörde an andere öffentliche Stellen weitergegeben werden. Ausgenommen sind hiervon nur die in Abs. 4 Satz 1 genannten Stellen, bei denen Abs. 4 auch bei einer herkömmlichen Abfrage vermutet, dass sie zur Abfrage berechtigt sind. Sie können daher auch mit einer Auskunftssperre versehene Meldedaten automatisiert abrufen. Satz 2 verweist zu den technischen Standards im Übrigen auf die Vorgaben nach Art. 9 Abs. 2 Satz 2.

Abs. 4 Satz 1 erweitert den Kreis der Stellen, bei deren Anfragen die Meldebehörden von der Prüfung, ob die Voraussetzungen nach Abs. 3 und Art. 7 vorliegen, befreit sind, um die Steuerfahndungs-, Bußgeld- und Strafsachenstellen der Finanzämter. Sie befinden sich in Hinblick auf den Gesetzeszweck in einer mit den bisher in Art. 31 Abs. 3 MeldeG 1995 genannten Stellen vergleichbaren Situation. Auch bei ihnen kann ein Interesse bestehen, den Zweck der Abfrage geheim zu halten. Sie tragen die Verantwortung für die Rechtmäßigkeit der Datenübermittlung daher ebenfalls selbst.

Abs. 5 Satz 2 lässt eine regelmäßige Datenübermittlung, insbesondere im Wege automatisierter Abrufverfahren, an andere Behörden oder sonstige öffentliche Stellen erstmals bereits gesetzlich zu, soweit es sich nur um die sog. Adressdaten eines Einwohners handelt, also um Vor- und Familiennamen, Doktorgrad und Anschriften. Bisher musste die regelmäßige Datenübermittlung auch der Adressdaten im Einzelnen durch Verordnung des Staatsministeriums des Innern zugelassen werden. Das Staatsministerium des Innern hat dies bisher in der Bayer. Meldedaten-Übermittlungsverordnung umgesetzt. Abs. 5 Satz 2 schafft nun die Grundlage, dass Behörden oder sonstige öffentliche Stellen bei den Meldebehörden die gleichen Informationen erhalten können, die Private nach Art. 34 Abs. 1a MeldeG 1995 schon bisher im Rahmen einer elektronischen Melderegisterauskunft abrufen konnten. Die Praxis zeigt, dass andere Behörden und sonstige öffentliche Stellen bereits jetzt in jährlich mehr als fünf Millionen Fällen die Melderegister abrufen. In den meisten Fällen benötigen sie aber nur die aktuellen Adressdaten eines Einwohners. Im Übrigen halten Sätze 1 und 4 aber daran fest, dass regelmäßige Datenübermittlungen an andere Behörden und sonstige öffentliche Stellen durch Verordnung des Staatsministeriums des Innern unter Festlegung von Anlass und Zweck der Datenübermittlung, den zu übermittelnden Daten und dem Datenempfänger zugelassen werden müssen. Braucht also eine andere Behörde oder sonstige öffentliche Stelle mehr Daten als die bloßen Adressdaten eines Einwohners, so muss dies durch Verordnung im Einzelnen zugelassen werden. Für die regelmäßige Datenübermittlung, insbesondere in Form von automatisierten Abrufverfahren, gelten allerdings die Einschränkungen des Abs. 2. Liegen also Übermittlungssperren nach Art. 29 Abs. 2 Satz 3 oder Art. 31 Abs. 7 und 8 vor, ist eine regelmäßige Datenübermittlung nicht möglich. In diesem Fall muss sich die anfragende Stelle unmittelbar an die Meldebehörde wenden. Das Widerspruchsrecht gegen eine elektronische Melderegisterauskunft an Private nach Art. 31 Abs. 3 Satz 3 hindert die regelmäßige Datenübermittlung dagegen nicht. Soweit eine Verordnung nach Sätzen 1 und 4 keine andere Regelung trifft, muss sich die Anfrage jeweils an eine konkrete Meldebehörde richten, was die Kenntnis eines früheren Wohnortes voraussetzt. Eine bayernweite wohnortunabhängige Suche muss daher durch Verordnung nach Sätzen 1 und 4 zugelassen werden. Eine solche Regelung wäre aber, soweit sie für die jeweilige Behörde oder sonstige öffentliche Stelle erforderlich ist, von der Verordnungsermächtigung von Sätzen 1 und 4 umfasst.

Für automatisierte Abrufe kann es nach Abs. 5 Satz 3 genügen, wenn Vor- und Familiennamen oder frühere Namen in einer phonetisch möglichen Weise geschrieben werden. Bei dem mit der Schreibweise „Joseph“ in das Melderegister eingetragenen Vornamen kann daher die Angabe „Josef“ möglicherweise ebenso wenig schaden wie die Schreibweise „Mayer“ statt „Maier“ im Nachnamen. Satz 3 vermittelt aber auf Grund der Wortwahl „kann ... genügen“ weder einen Anspruch auf eine phonetische Suche, noch einen Anspruch auf den Einsatz einer bestimmten Suchsoftware. Vielmehr bleibt es der Meldebehörde überlassen, ob sie dies technisch anbieten.

#### Zu Art. 29

Die Vorschrift beruht auf Art. 32 MeldeG 1995, wobei Abs. 1 und 2 die redaktionelle Fassung des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze übernehmen.

#### Zu Art. 30

Entspricht Art. 33 MeldeG 1995.

#### Zu Art. 31

Die Vorschrift beruht inhaltlich auf Art. 34 MeldeG 1995, ist aber weitgehend neu gefasst.

In Abs. 1 ist nun klargestellt, dass die Erteilung einer einfachen Melderegisterauskunft nicht im Ermessen der Meldebehörde steht. Vielmehr besteht auf sie ein Rechtsanspruch, soweit eine Melderegisterauskunft nicht, etwa wegen einer Auskunftssperre nach Abs. 7, ausgeschlossen ist.

Abs. 2 und 3 unterscheiden systematisch zwischen einer Melderegisterauskunft auf automatisiert verarbeitbaren Datenträgern oder durch Datenübertragung einerseits und einer Melderegisterauskunft in Form eines automatisierten Abrufs über das Internet andererseits. Für beide stellt Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 klar, dass bei der Angabe des Vor- und Familiennamens oder eines früheren Namens eine phonetisch richtige Schreibweise genügen kann, sofern nach Nr. 3 eine eindeutige Zuordnung zu einer bestimmten Person möglich ist. Bei dem mit der Schreibweise „Joseph“ in das Melderegister eingetragenen Vornamen kann daher die Angabe „Josef“ beispielhaft ebenso wenig schaden wie die Schreibweise „Mayer“ statt „Maier“ im Nachnamen, sofern die Person nach Nr. 3 eindeutig zugeordnet werden kann. Es besteht aber kein Anspruch auf eine phonetische Suche und erst recht nicht auf den Einsatz einer bestimmten Suchsoftware. Vielmehr bleibt es der Meldebehörde überlassen, ob sie dies technisch anbieten.

Abs. 3 Satz 3, 2. Halbsatz, bestimmt, dass die Meldebehörden die betroffenen Einwohner spätestens einen Monat vor der Eröffnung eines Zugangs zum automatisierten Abruf von Meldedaten über das Internet über ihr Widerspruchsrecht durch öffentliche Bekanntmachung zu informieren haben. Das Nähere zum Verfahren des automatisierten Abrufs über das Internet und den Abrufweg regelt das Staatsministerium des Innern nach Abs. 3 Satz 4 durch Verordnung. Dies entspricht der bisherigen Verordnungsermächtigung nach Art. 31 Abs. 5 MeldeG 1995, die Art. 28 Abs. 5 Satz 4 übernimmt.

#### Zu Art. 32

Die Vorschrift entspricht weitgehend Art. 35 MeldeG 1995.

Unter dem Begriff „allgemeine Wahlen“ sind nur solche Wahlen zu verstehen, die auf staatlicher oder kommunaler Ebene stattfinden und bei denen entsprechend dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl alle Bürger wahlberechtigt sind. Durch das Streichen des Wortes „mit“ im Vergleich zur Fassung des Art. 35 Abs. 1 Satz 1 MeldeG 1995 wird zudem geklärt, dass auch Abstimmungen im eben genannten Sinn allgemein sein müssen. Die Regelung ist daher deutlich enger als die des Art. 3 Abs. 2 Nr. 1, die bestimmt, welche Sachverhalte im Melderegister gespeichert werden dürfen. Mit dem Auskunftsrecht des Satz 1 korrespondiert weitgehend die Pflicht nach Satz 4, über das Widerspruchsrecht des Satz 3 acht Monate vor der Wahl in öffentlicher Bekanntmachung informieren zu müssen; dies fordert das Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze. Diese Pflicht ist allerdings auf solche Wahlen beschränkt, bei denen der Wahltermin acht Monate vorher regelmäßig feststeht.

**Zu Art. 33**

Art. 33 übernimmt Art. 36 und 37 MeldeG 1995 grundsätzlich, stellt aber in Abs. 1 Satz 1 klar, dass eine Meldedatenverarbeitung durch Dritte im Auftrag der Meldebehörde grundsätzlich möglich ist. Insoweit verweist Abs. 1 Satz 1 nun auf die allgemeine Vorschrift des Art. 6 des Bayerischen Datenschutzgesetzes zur Zulässigkeit der Auftragsdatenverarbeitung. Der Wortlaut des Art. 36 Abs. 1 Satz 1 MeldeG 1995 konnte zur Annahme verleiten, dass die Meldebehörden auch mit Teilaspekten der Meldedatenverarbeitung nur andere Meldebehörden oder die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern betrauen durften, nicht aber private Anbieter von Einwohnermelde-Software. Abs. 1 Satz 1 stellt nun klar, dass eine Auftragsmeldedatenverarbeitung durch Private grundsätzlich zulässig ist, soweit die Voraussetzungen nach Art. 6 des Bayerischen Datenschutzgesetzes erfüllt sind.

Art. 33 knüpft an den datenschutzrechtlichen Begriff der Auftragsdatenverarbeitung an und ist insoweit vom Begriff der Aufgaben- bzw. Funktionsübertragung abzugrenzen, die Art. 34 bereichsspezifisch behandelt. Die Auftragsdatenverarbeitung erschöpft sich in unterstützenden Hilfstätigkeiten für die beauftragende Stelle. Sie ist dadurch charakterisiert, dass die auftragnehmende Stelle ohne eigene Entscheidungsbefugnisse strikt an die Weisungen der auftraggebenden Stelle gebunden ist. Sollen dagegen die Aufgabe der Datenverarbeitung vollständig oder aber einzelne Aufgaben, zu deren Erfüllung der übertragenen Stelle ein Entscheidungsspielraum zusteht, übertragen werden, handelt es sich nicht mehr um eine Auftragsdatenverarbeitung, sondern um eine Aufgaben- bzw. Funktionsübertragung. Deren Zulässigkeit richtet sich nicht nach Art. 33 Abs. 1 Satz 1, sondern nach Art. 34 Abs. 1 Satz 1.

Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 bis 5 entsprechen Art. 36 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3 sowie Art. 37 MeldeG 1995.

**Zu Art. 34**

Die Vorschrift ist im Zusammenhang mit Art. 33 zu sehen: sie regelt bereichsspezifisch, unter welchen Voraussetzungen die Meldebehörden Aufgaben im Bereich der Meldedatenverarbeitung auf Dritte übertragen können. Während Art. 33 nun für die Meldedatenverarbeitung im Auftrag einer Meldebehörde auf Art. 6 des Bayerischen Datenschutzgesetzes verweist und damit eine Meldeauftragsdatenverarbeitung durch Private grundsätzlich zulässt, erlaubt Art. 34 Abs. 1 Satz 1 eine Aufgaben- bzw. Funktionsübertragung im datenschutzrechtlichen Sinn nur auf andere Meldebehörden, kommunale Zweckverbände, gemeinsame Kommunalunternehmen oder die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern. Im Unterschied zur bloßen Auftragsdatenverarbeitung können nach Abs. 1 Satz 1 entweder die Aufgabe der Meldedatenverarbeitung vollständig oder aber einzelne Aufgaben mit einem gewissen Entscheidungsspielraum übertragen werden. Da es sich hier aber anders als nach Art. 33 nicht mehr um bloße technische Unterstützungsleistungen handelt, sondern jedenfalls in nicht nur unwesentlichen Bereichen um einen hoheitlichen Umgang mit sensiblen Meldedaten, ist eine Aufgaben- bzw. Funktionsübertragung auf Private ausgeschlossen. Es sollen nur Stellen betraut werden können, die besonderen öffentlich-rechtlichen Pflichten und einer öffentlich-rechtlichen Aufsicht unterliegen. Neben anderen Meldebehörden und der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern, die nach Art. 36 Abs. 1 Satz 1 MeldeG 1995 bereits bisher für eine entsprechende Aufgaben- bzw. Funktionsübertragung in Betracht kamen, erlaubt Art. 34 Abs. 1 Satz 1 nun auch bestimmte Formen der kommunalen Zusammenarbeit. Abs. 1 Satz 1 verweist insoweit auf Art. 2 Abs. 3 und 4 des Gesetzes über die Kommunale Zusammenarbeit und lässt die Aufgaben- bzw. Funktionsübertragung auf kommunale Zweckverbände oder

gemeinsame Kommunalunternehmen zu. Eine Aufgabenübertragung einer Meldebehörde auf ein eigenes Kommunalunternehmen ist dabei ohne weiteres zulässig, da dieses trotz seiner Rechtsform als Anstalt des öffentlichen Rechts im hiesigen melderechtlichen Zusammenhang als Teil der Meldebehörde zu sehen ist.

Abs. 2 übernimmt die Regelung der Zugriffsberechtigung des Art. 33 Abs. 2 Satz 2 auch für Stelle, auf die Aufgaben übertragen wurden. Abs. 3 verweist im Übrigen auf Art. 33 Abs. 1 Satz 2 sowie Abs. 4 und 5. Beides stellt sicher, dass die Stelle, der Aufgaben übertragen wurden, die Pflichten der Meldebehörden zu erfüllen hat. Weiter ermöglicht es den übrigen beteiligten Meldebehörden, unter den Voraussetzungen des Art. 33 Abs. 4 die Daten eines Einwohners zu nutzen. Schließlich bedarf es im Fall des Art. 34 Abs. 1 Satz 1 auch keiner gesonderten Rückmeldung nach Art. 27. Die Situation der Aufgabenübertragung unterscheidet sich insoweit nicht von der einer Auftragsdatenverarbeitung.

**Zu Art. 35**

Entspricht weitestgehend Art. 38 MeldeG 1995. Art. 35 verzichtet allerdings darauf, den Bußgeldrahmen selbst zu bestimmen. Stattdessen gilt der Regelbußgeldrahmen nach § 17 Abs. 1 des Ordnungswidrigkeitengesetzes von 1 000 Euro. Nr. 2 nimmt klarstellend nur auf Abs. 1, auch in Verbindung mit Abs. 2, des Art. 6 Bezug. Art. 38 Nr. 2 MeldeG 1995 verwies dagegen pauschal auf Art. 6, dessen Abs. 2 und 3 aber keine bewehrungsfähigen Geoder Verbote enthalten. Nrn. 3, 4 und 6 sind entsprechend dem üblichen Sprachgebrauch redaktionell geändert.

**Zu Art. 36**

Entspricht weitestgehend Art. 39 MeldeG 1995. Sowohl Nr. 1 als auch Nr. 2 sind redaktionell geändert.

**Zu Art. 37**

Entspricht Art. 43 MeldeG 1995 mit der Maßgabe, dass Nr. 4 nun auch eine selbständige Verordnungsermächtigung für regelmäßige Datenübermittlungen enthält. Bisher sah Nr. 4 nur eine Verordnungsermächtigung für automatisierte Abrufverfahren vor, die das Melderechtsrahmengesetz als einen Unterfall regelmäßiger Datenübermittlungen ansieht. Die Regelungsnotwendigkeit besteht aber für alle Formen regelmäßiger Datenübermittlungen.

**Zu Art. 38**

Entspricht Art. 44 MeldeG 1995.

**Zu Art. 39**

Die Vorschrift enthält eine Übergangsregelung für die Pflicht zur elektronischen Rückmeldung. Satz 1 entspricht dem durch Art. 1 Nr. 2 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes eingefügten § 24 des Melderechtsrahmengesetzes. Bis 31. Dezember 2006 können die Meldebehörden daher noch Rückmeldungen in papiergebundener Form oder auf automatisiert verarbeitbaren Datenträgern durchführen. Ab 1. Januar 2007 sind dann nur noch elektronische Rückmeldungen zulässig, was unmittelbar aus Art. 27 Abs. 1 Satz 1 folgt.

**Zu § 2****Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes**

Anpassung an das Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze. Die Notare sind danach verpflichtet, den Meldebehörden nach der Begründung einer eingetragenen

Lebenspartnerschaft auch die Daten des Lebenspartners mitzuteilen. Die gegenteilige Regelung des Art. 3 Abs. 5 des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes war seit der Änderung durch das Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze zum einen nach Art. 31 des Grundgesetzes wegen Verstoßes gegen Bundesrecht und zum anderen wegen des Rechtsgrundsatzes „lex posterior derogat legi priori“ nichtig. Die Änderung hat daher nur klarstellenden Charakter.

**Zu § 3****Inkrafttreten; Außerkrafttreten**

Satz 1 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes. Satz 2 hebt das Meldegesetz in seiner bisherigen Fassung zugleich auf. Für bis zum Inkrafttreten des Gesetzes begangene Ordnungswidrigkeiten gilt nach § 4 Abs. 2 und 3 des Ordnungswidrigkeitengesetzes das Meldegesetz in seiner bisherigen Fassung; einer eigenständigen Übergangsregelung bedarf es insoweit nicht.